

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 19. März 1930

Nummer 23

## Politische Entscheidungen

Wohl selten hat im Deutschen Reichstag ein solcher Betrieb geherrscht wie in den letzten Tagen. Ein ununterbrochener Kampf ist zwischen den Fraktionen geführt worden. Mehrheit kämpfte gegen Minderheit, links gegen rechts und umgekehrt, um neue Steuergesetze, um die Annahme des Youngplans, um den alten und neuen Reichsbankpräsidenten, um das Liquidationsgesetz mit Polen, um das Republikfluchtgesetz, um das Roggenbrotgesetz und um vieles andre. Man braucht diese Gesetze nur zu nennen, um zu erkennen, daß es sich hier um die wichtigsten Entscheidungen gehandelt hat, die jemals vom Reichspräsidenten erledigt werden mußten. Die vorstehenden Probleme sind auch für die deutsche Gewerkschaftsbewegung von ungeheurer Bedeutung, weil sie die Zukunft des ganzen Volkes auf Jahrzehnte hinaus bestimmen.

Es ging um nichts weniger, als um eine der letzten Liquidationen des Krieges und seiner Begleiterscheinungen und um ein neues Verhältnis der Außen- und Innenpolitik. Man muß immer in Betracht ziehen, daß auf eine Stetigkeit des politischen und gesellschaftlichen Lebens erst dann gerechnet werden kann, nachdem das Verhältnis Deutschlands mit den übrigen Staaten geregelt ist. Um die endgültige Regelung der Reparationsfrage ist in Paris nicht weniger als fünf Monate hindurch verhandelt und gekämpft worden. Zweimal haben die Vertreter der Regierungen im Haag die von den Sachverständigen festgelegten Pläne durchberaten und sie zum Beschluß erhoben. Nun lag es an den Regierungen, diese Gesetze mit den vielen Anlagen zu ratifizieren. Nachdem der deutsche Reichspräsident die Gesetze nunmehr unterzeichnet hat und ferner drei Gläubigerländer die Haager Abmachungen ebenfalls ratifiziert haben, wird der Youngplan in Kraft treten und völkerrechtlich festgelegt sein. Dann könnte eine weltwirtschaftliche Entwicklung beginnen, die auf klare Abmachungen aufgebaut ist und auf Jahrzehnte hinaus das Verhältnis der Völker zueinander bestimmt. Daraus geht schon hervor, daß auch die Arbeiterschaft an diesen Dingen lebhaft interessiert ist. Denn jede gewerkschaftliche Arbeit, jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist an klare und eindeutige wirtschaftliche und politische Zustände gebunden. Lassen wir deshalb die Geschäfte in den letzten Tagen noch einmal an unsern Augen vorüberziehen.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in der internationalen und in der inneren Politik Deutschlands in den letzten Wochen und Monaten eine außerordentlich große Rolle gespielt. Er hatte im Wirtschaftsleben Deutschlands eine Bedeutung, wie sie noch niemals zu verzeichnen war. Aber auch in der Weltwirtschaft spielen die Notenbankpräsidenten der Länder eine große Rolle, weil sie berufen sind, durch die Bank für internationalen Zahlungsausgleich die Reparationsverpflichtungen praktisch zu erledigen. Wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, so hätte die Welt an dem Wechsel im deutschen Reichsbankpräsidium nicht so lebhaft Anteil genommen. Schacht war eine ausgeprägte komplizierte und sprunghaft veranlagte Natur. Es lag in seinem Wesen begründet, daß er mit großer Energie Dinge anzupacken verstand. Er bestimmte sich aber auch um solche, die keineswegs im Rahmen seiner Befugnisse lagen. Schacht, ein ehemaliger Demokrat, hatte sich im Laufe der Jahre bis ganz rechts hinüberentwickelt. Seine geräuschvolle Begründung auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat schon deutlich gezeigt, daß das deutsche Unternehmertum in diesem Mann einen der Ihrigen sah. Nun ist Schacht gegangen; er hat nun Zeit, seine hohe Pension in Ruhe zu verzehren. Doch hat er bereits angekündigt, daß er keine Lust habe, endgültig aus dem öffentlichen Leben zu scheiden. Man kann also damit rechnen, daß dieser geräuschvolle Mann eines Tages wiederum auf den

Plan tritt und das öffentliche Leben beunruhigt. Doch das wollen wir in Ruhe abwarten und inzwischen beobachten, wie der neue Präsident der Reichsbank, Dr. Lutz er, seine Tätigkeit ausübt. Lutz er ist in Deutschland kein Unbekannter. Er hat eine außerordentlich rasche Karriere gemacht. Als Oberbürgermeister von Essen wurde er von den Franzosen während des Ruhrkampfes ausgewiesen. Er kam nach Berlin, wurde Reichsfinanzminister, später Reichszentralbankpräsident, wo er als aaglatte r Politiker jede Schwierigkeit zu überwinden versuchte. Schließlich stolperte er über die Flagenfrage und hat seitdem in einem Ausschuss zur politischen Erneuerung Deutschlands gearbeitet. Zuletzt war er Vizepräsident. Nunmehr ist er zu einem noch wichtigeren Posten berufen. Er hat die deutsche Währung zu schätzen, der Wirtschaft die nötigen Kredite zu beschaffen und durch bank- und diskontpolitische Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft beigetragen. Es ist unnütz, an dieser Stelle zu erwähnen, daß die Höhe des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft, die Entfaltung der Wirtschaft, das Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen, das Ausmaß der Ein- und Ausfuhr und vieles andre mit dem Wirken des neuen Reichsbankpräsidenten in engem Zusammenhang stehen. Darüber hinaus hat er bei der Weltbank die Interessen Deutschlands zu vertreten und dafür zu sorgen, daß dieses mächtigste Institut der Weltwirtschaft der deutschen Wirtschaft die nötige Hilfe bringt. Das deutsche Volk wird sein Augenmerk darauf zu richten haben, daß der neue Präsident der Reichsbank seine Aufgabe nicht darin sieht, politische Quertreibereien zu machen, sondern auf die wichtigen Aufgaben sein Augenmerk richtet, die dem Leiter des deutschen Noteninstituts gesteckt sind.

Viele Tage hindurch hat dann im Reichstag ein schwerer Kampf um die Steuergesetze in Verbindung mit der Ratifizierung des Youngplans getobt. Die bürgerlichen Parteien innerhalb der Regierungskoalition, und namentlich das Zentrum, hatten die Parole ausgegeben, daß zuerst die Steuergesetze verabschiedet werden sollten, damit jeder klar sehen könne, wie die Belastung des deutschen Volkes in Zukunft aussieht. Erst nach dieser gesetzgeberischen Arbeit sollten die Gesetze, die mit dem Youngplan zusammenhängen, beraten und verabschiedet werden. Nun plähten die Interessengruppen scharf aufeinander. Man bedenke, was die Steuergesetze für die Zukunft der deutschen Bevölkerung bedeuten: Sie sind der Gradmesser inwieweit die Lasten des Krieges von den einzelnen Bevölkerungsschichten hinfür getragen werden sollen. Der Kampf um die Lastenverteilung gab also den zur Beratung stehenden Steuergesetzen das Gepräge. Man ist schließlich zu Steuergesetzen gekommen, die eine einseitige Belastung des Volkes bedeuten. Es waren in der Hauptsache indirekte Steuern, die vom Reichstag in Aussicht genommen waren. Die Biersteuer sollte 240 Millionen Mark erbringen, eine neue Benzinsteu er 65 Millionen Mark, Kaffee und Tee sollten mit 50 Millionen Mark beitragen, eine neue Mineralwassersteuer sollte 40 Millionen Mark erbringen, die Industriebelastung sollte 50 Millionen Mark besteuern usw. Insgesamt hoffte man auf ein Mehrertrömmen von 475 Millionen Mark. Dieses mühsam erreichte Kompromiß ist später wieder in die Brüche gegangen. Nunmehr will man die Biersteuer allein den Ländern überlassen und sich nach neuen Steuermöglichkeiten umsehen. Inzwischen sollte der Youngplan mit den vielen Nebengesetzen zuerst durchberaten und verabschiedet werden. Die Steuergesetze sollen in kürzester Frist ihre endgültige Erledigung finden.

Der parlamentarische Kampf um den Youngplan war außerordentlich scharf. Es bedurfte der ganzen Geschäftlichkeit des Reichstagspräsidenten, unfers Kollegen Paul Löbe, um die tobende und schreiende Meute im Reichstag im Schach zu halten. Es regnete Ordnungsrufe, Verweisungen aus dem Sitzungssaal, Straf-

androhungen usw. waren an der Tagesordnung. Schließlich kamen die Abstimmungen über die Younggesetze. In namentlicher Schlußabstimmung wurden die Gesetze über die Haager Konferenz am 12. März mit 265 gegen 192 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen. Mit zur Entscheidung stand das Liquidationsabkommen in Polen, welches nur mit einer knappen Mehrheit von 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen Annahme fand. Dann folgten die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge usw. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die derzeitige Regierung wurde mit 277 gegen 169 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen abgelehnt. Damit waren die parlamentarischen Kämpfe über die Younggesetze entschieden.

Es kam nun darauf an, daß der Reichspräsident die vom Reichstag beschlossenen und vom Reichsrat gebilligten Gesetze unterzeichnete. Das geschah bereits am Tage darauf, und zwar am 13. März. Dieser Tag wird in der Geschichte Deutschlands nicht an letzter Stelle stehen. Die Rechtsradikalen hatten ihre letzte Hoffnung auf Hindenburg gesetzt. Ganze Wärschörbe voll Briefe sind im Büro des Reichspräsidenten eingelaufen, die zum Ziele hatten, den Reichspräsidenten von der Unterzeichnung der Gesetze zurückzuhalten. Einzelpersonen, Vereine, Korporationen, Firmen und was alles noch versuchten den Reichspräsidenten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Für Hindenburg standen zwei Wege offen: er konnte entweder die Gesetze unterzeichnen oder seine Unterschrift verweigern und durch einen Volksentscheid die Gesetze dem Volke vorlegen. Hindenburg hat sich für das erstere entschieden. Außer dem politischen Liquidationsabkommen hat er alle Gesetze mit seinem Namen versehen. Damit hat ein kaiserlicher Generalfeldmarschall den Krieg 1914 bis 1918 liquidiert. Es muß auch von uns anerkannt werden, daß Hindenburg sich in diesem Augenblick als eine starke Stütze der Deutschen Republik erwiesen hat. Hindenburgs Autorität hat zweifellos zur Beruhigung der Gemüter beigetragen. Der Aufruf, den Hindenburg an das deutsche Volk erlassen hat, zeigte bereits, daß sich Hindenburg nur schweren Herzens zur Unterzeichnung der Gesetze entschließen konnte. Hindenburg erklärte in dem Erlaß, daß er nach Anhörung von Beifürwortern und Gegnern des Planes zu der Überzeugung gelangt sei, daß trotz der schweren Belastung, die der Plan dem deutschen Volke auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche Bestimmungen erhoben werden können, der Youngplan im Vergleich zum Dawesplan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet... Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt die Verantwortung von mir abzugeben, bei mir nicht Boden fassen. Zum Schluß ermahnte Hindenburg zur Einigkeit, damit das deutsche Volk an dem gemeinsamen Aufbau der Wirtschaft arbeiten könne. Mit der Unterzeichnung der Gesetze durch Hindenburg war den Büchsen von rechts und links jede Hoffnung genommen, die Reparationsgesetze zu Fall zu bringen. Soffentlich trägt die politische Beruhigung, die nunmehr eintreten wird, dazu bei, die aufgetretenen schweren Hemmnisse zu überwinden.

Die Regierung ist wohl von dem Gedanken ausgegangen, gleich ganze Arbeit zu leisten. Bekanntlich war das Republikfluchtgesetz gefallen und es mußte versucht werden, ein neues Gesetz durchzubringen. Der parlamentarische Kampf um dieses Gesetz gestaltete sich nicht minder lebhaft. Rechts- und Linksradikale

marfchierten auf und schleuderten der Regierung von der Tribüne des Reichstags herab allerhand Beleidigungen ins Gesicht. Reichsinnenminister Seegering hat in einer vorzüglichsten Rede das Gesetz verteidigt und zur Charakterisierung der Gegner die Strophe eines Liedes der Nationalsozialistischen Partei zitiert:

In München war die erste Schlacht,  
mit unserm Brannen Oer,  
Wenn uns die zweite Schlacht  
ruft wieder ins Gewehr  
uns, wenn die Handarannte tracht,  
das Herz im Leibe laßt.

Gegen derartige Verhöhnung mußte sich natürlich die Regierung wenden. Ein Staat, der seinen Schutz aufgibt, gibt sich selbst auf. Schließlich ist das Republik-Schutzgesetz am 14. März verabschiedet worden. Es gelangte mit 255 Stimmen gegen 145 Stimmen zur Annahme. Mit der Annahme dieses Gesetzes ist der Boden geschaffen, der Deutschen Republik durch gesetzliche Bestimmungen hinreichenden Schutz zu gewährleisten.

Aus vorstehenden Ausführungen geht hervor, daß die letzten parlamentarischen Entscheidungen für die deutsche Politik und damit auch für die Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Es ist Klarheit geschaffen, wie sich das Leben innerhalb unserer Grenzen gestalten soll. Die Belastung des Volkes durch Reparationszahlungen ist groß. 2050 Millionen sollen von nun ab 37 Jahre lang ohne Gegenwert alljährlich über die Grenze gehen. Daß diese Summe auf die sozialen Verhältnisse von Einfluß ist, steht außer Frage. Eine andre Regelung war aber nach Lage der Dinge nicht zu erreichen. Deshalb hat sich auch die Gewerkschaftsbewegung mit den Entscheidungen abzufinden. Noch ist der Kampf um die Verteilung der Lasten nicht entschieden; er wird weitergehen und sich bei jeder Lohnbewegung bemerkbar machen. Überhaupt wird das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft nur zum Teil im Parlament entschieden. Die Hauptentscheidung erfolgt auf dem Boden der wirtschaftlichen Kämpfe. Nur starke Gewerkschaften, ausgerüstet mit allen Mitteln organisatorischer und finanzieller Natur, werden in der Lage sein, diese Aufgaben zu erfüllen.

### Neuer Hilfsarbeitertarif

Im Anschluß an die Verhandlungen über die Revision des Deutschen Buchdruckerarbeitsvertrages wurden am 6. März d. J. von den vertretenden Parteien die Bedingungen über einen Neuabschluss des gleichfalls zum 31. März 1930 geltenden Reichstarifs für das deutsche Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal ausgenommen. Die Anträge der Hilfsarbeiter gingen dahin, den Kreis der tariflich zu ihnen zu zählenden Personen zu erweitern, die Lohnstaffelung zu verbessern und in der Urlaubsfrage eine Vereinbarung mit den diesbezüglichen Bestimmungen im Buchdruckerarbeitsvertrag zu erzielen. Die Anträge der Prinzipale liefen durchweg auf das Gegenteil hinaus. Infolgedessen war eine Verständigung nicht möglich. Das Zentralarbeitsrichtungsamt mußte auch hier in Tätigkeit treten und fällt einen Schiedsspruch, auf dessen Grundlage dann ein neuer Reichstarif mit Gültigkeit bis 31. März 1932 vereinbart wurde. In einer Bekanntmachung des Vorstandes und Beirats des Hilfsarbeiterverbandes in Nr. 11 der „Solidarität“ vom 15. März wird das Ergebnis der Verhandlungen wie folgt erläutert:

Die Begriffsbestimmung, wer als Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterin tariflich erfasst wird, ist klarer geworden. Der ein volles Jahrzehnt währende Kampf um die Tarifierung Jugendlicher konnte zu unserm Gunsten entschieden werden. Deren Lohn- und Arbeitsbedingungen werden in Zukunft ebenfalls tarifmäßig geregelt. In der Urlaubsfrage ist eine Verbesserung für diejenigen Kollegen und Kolleginnen eingetreten, die zehn Jahre und länger im Beruf tätig sind. Diese erhalten nach einer Tätigkeit von neun Monaten im Betrieb anstatt vier Tage fünf Tage bezahlten Urlaub. Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren sind bereits nach vier Monaten Tätigkeit mindestens drei Urlaubstage zu gewähren. Außerdem konnten noch einige andre Tarifbestimmungen verbessert werden.

Unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage, von der auch die Lage des Gewerbes mit betroffen wird, ist die restlose Aufrechterhaltung des bisher Erreichten mit den jetzt wieder geschaffenen Verbesserungen ein Fortschritt von nicht untergeordneter Bedeutung. Die Verhandlungsführung hat daher im Benehmen mit der Verhandlungskommission dem Abschluß zugestimmt und glaubt damit im Interesse und im Einverständnis der gesamten Mitgliedschaft des Verbandes gehandelt zu haben.

Im übrigen decken sich die Änderungen des Hilfsarbeitertarifs mit jenen des Buchdruckerarbeitsvertrages, mit Ausnahme der Herabsetzung der Altersgrenze für die Erreichung des Höchstlohnes von 24 auf 23 Jahre, die den Hilfsarbeitern vom Zentralarbeitsrichtungsamt nicht zugestanden wurde. In ihrem Bericht über den Ver-

lauf dieser Beratungen äußert die „Zeitschrift“ trotz dem Bedauern darüber, daß es den Hilfsarbeitern gelungen ist, ihre Forderung auf Tarifierung der jugendlichen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen durchzusetzen. Daß der Begriff der Berufszugehörigkeit auch in den Urlaubsbestimmungen des Hilfsarbeitertarifs Aufnahme gefunden hat, wird auf Prinzipalseite ebenfalls mit einem „leider“ registriert; aber gleichzeitig wird mit offensichtlicher Genugtuung darauf hingewiesen, daß die nachzuweisende zehnjährige Berufszugehörigkeit dem Hilfsarbeiter nicht drei, sondern nur einen Urlaubstag mehr bringe. Handelt es sich somit bei den Hilfsarbeitern unseres Gewerbes auch nur um geringfügige Verbesserungen, so sind auch diese in heutiger Zeit genau wie bei uns als Fortschritte zu werten und zu begrüßen.

### „Entartung“ der Unterstützungspolitik

Das öffentliche Unterstützungswesen hat auf bürgerlicher Seite nie besondere Freunde gehabt. Man fand sich damit ab, weil die sogenannte freie Wohlfahrtspflege gegenüber den durch die kapitalistische Wirtschaftsweise hervorgerufenen sozialen Missständen nicht ausreichte. Dennoch war man bestrebt, die öffentlichen Unterstützungsleistungen auf das Allernotwendigste zu beschränken und nicht über den Rahmen des Almosen hinauszuweisen zu lassen. Der öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmende Arbeiter wurde politisch rechtlos sowie wirtschaftlich und sozial als minderwertig betrachtet.

Die Einführung der Sozialversicherung führte hierin eine Änderung herbei. Auf Grund der Versicherungs- und Beitragspflicht erhielten die versicherten Arbeiter bei Eintritt von durch Krankheit, Unfall oder Invalidität verursachter Erwerbsunfähigkeit ein Recht auf die selbstgesetzlichen Unterstützungsleistungen und hörten auf, Almosenempfänger zu sein. Solange der Versichertenkreis verhältnismäßig eng begrenzt und die Versicherungsleistungen niedrig waren, hatte das Unternehmertum gegen die Sozialversicherung wenig einzuwenden. Es rühmte sich sogar, bei ihrer Einführung mitgewirkt zu haben, obwohl diese Mitwirkung keineswegs der sozialen Einsicht der Unternehmer entsprang.

Diese Stellung zur Sozialversicherung hat in den letzten Jahren eine wesentliche Änderung erfahren. Die bis dahin zu beobachtende Passivität der Unternehmer gegen die Sozialversicherung und das öffentliche Unterstützungswesen hat aufgehört und sich — wie die dagegen gerichteten scharfen Angriffe zeigen — in offene, durch nichts mehr verhäkelt Feindschaft gewandelt. Der Grund hierfür ist nicht mit in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern vor allem in der Entwicklung der Sozialversicherung zu suchen. Diese ist über den bei ihrer Einführung festgelegten Rahmen beträchtlich hinausgewachsen. Zunächst auf die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung beschränkt, ist die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung hinzugekommen. Ferner hat der Kreis der Versicherten eine erhebliche Ausdehnung erfahren und die Versicherungsleistungen sind gestiegen. Schließlich aber hat die Sozialversicherung auch das öffentliche Wohlfahrtswesen beeinflusst, zur sozialen Umgestaltung der in den Gemeinden befindlichen Unterstützungs-einrichtungen geführt und der politischen Enttarnung der Unterstützten ein Ende bereitet.

Alle diese Änderungen haben trotz Bestehenbleibens vieler Anzughänglichkeiten bewirkt, daß die wirtschaftliche und soziale Stellung der Arbeiter eine bessere und freiere wurde. Gestützt auf ihre gewerkschaftliche Organisation sowie den ihnen von der Sozialversicherung gebotenen Rückhalt haben sie die frühere, oft geradezu sklavische Abhängigkeit von den Unternehmern abgestreift und sind so in der Lage, deren Angriffen auf ihre Lebenshaltung wesentlich wirksamer als früher entgegenzutreten.

Daß die Unternehmer von dieser Entwicklung wenig erbaut und bestrebt sind, ihre Fortschritte zu verhindern oder, wenn möglich, die verlorene Herrschaft über die Arbeiter wieder zu erobern, ist wohl verständlich. Nach ihrer Auffassung nimmt der Arbeiter in der Wirtschaft nur eine ganz untergeordnete Stellung ein. Seine Aufgabe besteht darin, ihr als willenloses Objekt zu dienen und sich ohne Widerspruch den Anforderungen des Unternehmers zu fügen. Das entspricht zwar nicht der von den Vertretern des Kapitalismus gepredigten Freiheit. Aber diese soll ja nur eine individuelle sein, womit dem Arbeiter theoretisch das Recht zusteht, sich jezeit seiner Ausbeutung durch den Unternehmer zu entziehen, sei es, daß er selbst zum Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft wird oder — wenn ihm das nicht gelingt — diesem irdischen Zammertal den Rücken kehrt.

Nach kapitalistischer Auffassung darf der Arbeiter einen wirksamen sozialen oder wirtschaftlichen Rückhalt nicht haben, weil sonst der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft Störungen erleidet. Wie der bekannte schwedische Professor Gustav Cassel in diesem Sinne ausführt, baut sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf der Initiative und Selbstverantwortung des einzelnen Individuums auf. Zugleich ist sie wesentlich von der freien Preisbildung abhängig, die nicht nur die Preise der Produkte bestimmt und damit die nötige Haushaltung mit ihnen erzwingt, sondern auch den Entgelt der besonderen Produktivkräfte und damit deren Verteilung auf die verschiedenen Wirtschaftszweige feststellt. In der sich auf dieser Grundlage mechanisch regelnden Wirtschaftsordnung bleibt nach Cassel

für zwangsweise Eingriffe in die individuellen Rechte des einzelnen sowie in die Produktions- und Preisbildung oder durch eine soziale Unterstützungspolitik kein Raum. Was in letzterem Sinne von der Sozialversicherung und den öffentlichen Körperschaften geleistet wurde, sei als eine Entartung zu betrachten.

Das ist durchaus kapitalistischgedacht! Der Kapitalismus vermag die Berechtigung sozialer Hilfe, die sich in Fällen wirtschaftlicher Not über die Unterstützung einzelner Personen hinaushebt, nicht anzuerkennen. Selbst diese Hilfe wird von ihm als Gefahr angesehen, der er durch Beschränkung auf das notdürftigste Maß mit dem Wohlgeschmack des Almosen zu begegnen sucht. Jede weitergehende Unterstützung dient nach Cassel als Stütze für eine monopolistische Lohnbildung. Sie vermindert ferner die für die Wirtschaft erforderliche Beweglichkeit der Arbeitskraft mit der Folge, daß Arbeitskräfte in Bezirken oder in Orten festgehalten werden, in denen eine lohnende Beschäftigung nicht zu finden ist. Ganz besonders wird dieser Vorwurf gegen die Arbeitslosenversicherung erhoben, gegen die sich deshalb auch die schärfsten Angriffe der Unternehmer richten.

Als Konsequenz ergibt sich hieraus nichts anderes als: Beseitigung der freien Preisbildung und den Arbeitsentgelt beeinflussenden Gewerkschaften, Wegfall jeder Art von Sozialpolitik, Sozialversicherung und umfassenderen sozialen öffentlichen Wohlfahrtspflege. Die Arbeitererschaft würde damit festlich um 60 bis 70 Jahre in jene Zeit zurückgeschleudert werden, wo die Unternehmer noch in voller Unabhängigkeit, unbehindert von gesetzlichen Einschränkungen, den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Belieben diktieren konnten. Auf nichts anderes laufen denn auch die Bestrebungen der Unternehmer hinaus, wobei die alten machterischen Ideen ihre Aufrechterhaltung feiern, die man längst als überwunden ansah. Diese sollen aber nur für die Arbeiter Geltung haben! Die Unternehmer haben — wie die Entwicklung der kapitalistischen Konzerne, der Kartelle, Syndikate und Trusts ergibt — für sich selbst das Machtertum fallen lassen und denken nicht daran, sich umzustellen. Doch auch die Arbeiter verpöhlen nicht die geringste Neigung, ihre in schweren politischen und wirtschaftlichen Kämpfen erungenen sozialen Positionen aufzugeben!

Kann denn nun in Hinblick auf die Sozialversicherung und das öffentliche Unterstützungswesen ernstlich von einer Enttarnung der Unterstützungspolitik in dem von Cassel und seinem Anhang behaupteten Sinne geredet werden? Um dahingehende Behauptungen aufzustellen, muß man entweder mit seinem Denken noch in den Anfängen des vorigen Jahrhunderts leben oder Scheuklappen vor den Augen haben! Mit den vor hundert Jahren üblichen Unterstützungsgesepflogenheiten ist heute nicht mehr auszukommen. Darin hat der Kapitalismus die Arbeiter nicht zu sehr umgestaltet, zugleich aber auch die Reichsten verändert. Die Arbeiter haben ihre Bedeutung für die Wirtschaft erkannt. Mit dieser Erkenntnis sind sie selbstbewußter geworden, sehen jedes Almosen ab und fordern für ihre Leistungen entsprechende Rechte. Dieser Stellung der Arbeiterschaft ist bei dem Aufbau der Sozialversicherung Rechnung getragen. Diese beruht zum überwiegenden Teile auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung; auch bei der Arbeitslosenversicherung. Wenn Kreis, Länder und Gemeinden teils durch Zuschüsse, teils durch besondere Unterstützungen ergänzen eingreifen müssen, so hat das seinen Grund in dem ungeheuren Umfang der durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrisen verursachten und über die Arbeiterschaft hinaus bis weit in die bürgerlichen Kreise reichenden Not.

Die Annahme, durch Einschränkung des Versicherungs- und Unterstützungswezens die Selbständigkeit sowie den Erwerbssinn zu heben, beruht hiernach auf einer völligen Verkennung der Verhältnisse. Das Gegenteil wäre die Folge. Was sollen denn z. B. die rund drei Millionen Arbeitslosen anfangen, um Arbeit zu erhalten? Cassel und die Unternehmer antworten, daß sie ihre Arbeitskraft billiger anbieten, sich mit niedrigeren Löhnen begnügen sollen. Das Ergebnis wäre nichts anderes, als eine weitere Einkommensenkung und Verminderung der Kaufkraft der Arbeiter. Verminderte Kaufkraft hat aber weitere Arbeitslosigkeit zur Folge! Die Unternehmer empfehlen hier also den Arbeitern etwas, das sie für sich mit aller Entschiedenheit ablehnen. Arbeitslohn und Lebenshaltung der Arbeiter sollen heruntergedrückt werden, der Unternehmer profit dagegen auf seiner Höhe verbleiben, sogar möglichst noch eine Steigerung erfahren. Hieraus lassen sich die Arbeiter aus guten Gründen nicht ein!

Will man von einer Enttarnung der Unterstützungspolitik sprechen, so ist diese nur auf der Unternehmerseite vorhanden. Es ist das keine neue Erscheinung! Seit jeder haben es die bestehenden Klassen, besonders die großkapitalistischen Unternehmer, verstanden, den Staat und seine Einrichtungen für ihre Zwecke auszunutzen. In Form von Zöllen, Liebesgaben, Einfuhr- und Ausfuhrprämien, Subventionen usw. haben sie Milliarden an Unterstützungen bezogen und beziehen sie heute noch, ohne daß ein Notstand vorhanden wäre. Diese Bereicherung auf Kosten von Volk und Staat wird von ihnen als etwas Selbstverständliches angesehen, das nicht angetastet werden darf. Handelt es sich dagegen um die Unterstützung der durch die kapitalistische Ausbeutung und Mißwirtschaft notwendig gewordenen unteren Volksschichten, dann kann man sich nicht genug über diese Verschwendung entrichten. Zu bedauern ist, daß sich noch immer Dumme finden, die diese Demagogie nicht zu durchschauen vermögen und sich von ihr blüffen lassen!

M a t t a t.

### Das Buchgewerbe im Ausland

**Österreich.** In einer Vertrauenspersonenversammlung der Buchdruckerarbeiter Wiens besaßte sich der Referent, Reichsvereinsobmann Weigelt, mit den Vorbereitungen der Unternehmung zur bevorstehenden Tarifrevision. In dem Sturmlauf der Unternehmung gegen die Sozialgesetzgebung fehlen natürlich die graphischen Unternehmer nicht. Die Bestäher der Produktionsstätten meinen, daß die allgemeine Wirtschaftskrise der Verwirklichung ihrer dunklen Pläne günstig sei; und so geht denn eine ihrer Theorien dahin, unter Zuhilfenahme des allmählichen Abbaues der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung die Löhne in allen Berufen so lange zu senken, bis alle Arbeitslosen wieder eingestellt seien. Die graphischen Unternehmer sehen den Augenblick für gekommen, sich nun der „unerträglichen Fessel des Tarifs“, zumindest der für sie als „drückend“ empfundenen Bestimmungen, zu entledigen. Ihre Vorbereitungen bestehen in typischer Kaufwurfsarbeit, die alle darauf abzielen, die Arbeiter zu spalten und die Organisation in eine schwierige Situation zu bringen. Ein immer mehr beliebtes Mittel der Unternehmer zu diesem Zweck bilden die mit gefühlstatter Skrupellosigkeit erfolgenden Entlassungen alter, verdienter Arbeiter. Trotz der Ungunst der Zeit werde sich die Organisation nicht auf Abwehrmaßnahmen gegen die geplanten Anschläge der Unternehmer beschränken, denn das käme einem Aufgeben des Organisationsgedankens gleich. Das Ziel der Tarifrevision müsse vielmehr in der Sicherung einer erträglichen Existenz bestehen. — Der Klub der Zeitungsseher Wiens hielt kürzlich seine Generalversammlung ab. Einleitend erinnerte der Vorsitzende daran, daß es nun ungefähr 50 Jahre waren, seit sich einige Kollegen zusammenschlossen, um die Gründung des Zeitungsseherklubs in die Wege zu leiten, die anfänglich völlig verkannt und sogar dem Spott ausgesetzt wurde. Welche Bedeutung dieser aus der Gesamtorganisation nicht mehr wegzudenkenden, in ihrer Art einzig strengen Organisation jedoch heute zukommt, bewies neuerlich ihr entscheidendes Eingreifen bei der letzten Lohnbewegung der Buchdruckerarbeiter im vergangenen Jahre. Wie das vorhergegangene, so gehörte auch das abgelaufene Vereinsjahr zu einem der schlechtesten in der Wiener Zeitungsindustrie. Ob nun eine Zeitung und ihre Drucker dieser oder jener Parteirichtung angehören, stehen sie immer in einer Front, wenn es gegen ihre Arbeiter geht. Die Mechanisierung der Zeitungsbetriebe ist nun vollständig, der Handatz und das Berechnen damit aufgehoben. Der Obmann des Klubs, Kollege Scheffat, gab der Versammlung die bedeutungsvolle Erklärung ab, daß den Unternehmern gelegentlich schon zur Kenntnis gebracht wurde, daß bei der bevorstehenden Revision des Kontariffs für die Wiener Zeitungsarbeiter (der zugleich mit dem Normalkontariff der übrigen Buchdruckerarbeiter des Jahres abläuft) an diesem nichts zu ungunsten der Arbeiter geändert werden dürfe; insbesondere die tariflichen Bestimmungen über das Einbringen der Überstunden, über die freien Tage, über den Urlaubszuschuß und über die Weihnachtseremeration müssen unter allen Umständen unangestastet bleiben. Der Sängerkorps des Klubs der Zeitungsseher stimmte nach der Mitteilung des Vorsitzenden, daß der Obmann, Kollege Scheffat, nun zum 25. Male den Jahresbericht des Klubauschusses erstattete, zum Dank und zur Ehrung für diesen verdienten und allseits geschätzten Funktionär das Lied „Wer ist frei?“ an. — Der größte Gau des Reichsvereins, Niederösterreich mit Wien, erstattete Bericht. Der Gauobmann, Kollege Freyler, führte darüber Klage, daß wieder einige Kollegen aus dem Deutschen Reich nach hier in Kondition reisten, ohne vorher die vorgeschriebene Erfindung bei der zuständigen Organisation einzuholen. In Zukunft werde gegen derartige Disziplinbrecher mit aller Strenge vorgegangen werden. Wie seine Vorgänger, war auch das abgelaufene Jahr eine Zeit latenter Krise. Eine Arbeitslosigkeit in vorher nie gekannter Höhe machte die Erhebung einer Extrasteuer für die Abwendung dringender Not unter den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen zur Pflicht. Der Erfolg dieser freiwilligen, je nach dem Lohnentkommen abgestuften Steuer ist ein über Erwarten guter. Die Arbeitsgemeinschaften der einzelnen Gruppen leisteten wiederum zwar mühsame, aber erfolg- und segensreiche Arbeit. Allen voran die unter der umsichtigen Leitung des Kollegen Bucheder stehende *Waisen-, Jugend- und Notkassenfürsorge*. Das von dieser Arbeitsgemeinschaft vorbildlich verwaltete herrliche „*Karl-Höger-Heim*“ in Innermanzing bei Wien konnte auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken. 296 Schilings- Buchdruckerkinder und swaiven von Gesellen wie Hilfsarbeitern — fanden in diesem stolzen, schloßartigen Kinderheim wieder für 35 bis 42 Ferientage bei vorzüglichster Verköstigung und Wartung stützenden Aufenthalt. Kinder von Arbeitslosen, von Hilfsarbeitern und verstorbenen Mitgliedern wurden teils ganz kostenlos, teils je nach sozialen Verhältnissen zu ganz niedrigen Verpflegungskostenbeiträgen in das Heim aufgenommen. Die Arbeitsgemeinschaft dieser Jugendfürsorge erblickt in der Unterbringung von Kindern arbeitsloser Kollegen und Kolleginnen gegen ganz minimale Gebühren von 30 Groschen (15 Pfennig) täglich wie auch in der Verabfolgung von Schuhen zum halben Preis die Unterstützung gewerkschaftlicher Aufgaben, zu deren Annahmehnahme jedes arbeitslose Mitglied ein volles Recht hat. Eine verdiente Anerkennung der Leistungen der Jugendfürsorge war der korporative Besuch des aus diesem Anlaß festlich geschmückten „*Karl-Höger-Heims*“ durch alle in- und

## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Partz in Halle a. S. Eingetretten: 21. März 1880 — Jetzt 50 Jahre alt

ausländischen Delegierten der vorjährigen Reichsgeneralversammlung der Gewerkschaft. Nach einem halbtägigen Aufenthalt verabschiedeten sich die ausländischen Delegierten voll des Lobes und mit dem Bemerkten, eine wertvolle Anregung mit nach Hause zu nehmen. Die Herbergersgruppe des Reichsvereins der Buchdruckerarbeiter konnte im Vorjahre ihr 25jähriges Bestehen verzeichnen. In den drei vorhergegangenen Jahren wurde die Wiener Herberge von durchschnittlich 300 Kollegen frequentiert, im abgelaufenen Jahre jedoch von 572, eine Besuchsziffer, die fast an die Vorkriegszeit erinnert. Von diesen Zugereisten waren der Nationalität nach 55 Österreicher, 373 Deutsche, 69 Ungarn, 46 Tschechoslowaken, 13 Tschechoslowaken, 9 Dänen, 2 Bulgaren, 3 Rumänen, ein Schweizer und ein Holländer. Diese Kollegen wurden 3027 Rächte beherbergt und mit 2506 Frühstückskunden und 2800 Mittagsmahlmarken beteiligt. Jeder durchreisende Kollege wird fünf Tage beherbergt und erhält je vier Mittagessen und Frühstück; außerdem erhielt jeder zugereiste Kollege aus *Zwischenstunden* verschiedener Betriebe (Schiffbau, etc.) seit der Gründung der Herbergersgruppe im Jahre 1904 wurden 10 322 Reisende, durch 48 749 Rächte, beherbergt und an diese 42 823 Frühstücksmarkten, 40 068 Mittagsmahlmarken und 14 096 Kleidungsstücke abgegeben; dazu kommen noch die geldlichen Zuwendungen. Die Seele des Arbeitsauschusses der Herbergersgruppe ist der nimmermüde Kollege Mattik, der ihr — abgesehen von den Kriegsjahren — seit der Gründung als Obmann vorsteht und wohl so ziemlich allen die Herberge aufsuchenden Walzbrüder bekannt wurde. Nun bleibt die Herberge bis August oder September verwaist, weil das Verbandsgebiet wegen der großen Arbeitslosigkeit und der bevorstehenden Tarifrevision ab 15. März für die Jurerei gesperrt wurde. Die Lehrlingsabteilung kann einen ununterbrochenen Aufstieg feststellen. Neben der ersten Reichskonferenz der Lehrlingsabteilung ist die Studienreise von 60 Lehrlingen im August nach Berlin und Prag zu erwähnen, die für alle Teilnehmer zu einem unaussprechlichen Erlebnis wurde und zum Dank insbesondere an die Kollegenkreise in Berlin, Prag und Leipzig verpflichtete. Zur Heranbildung von Vertrauensmännern gelangten wie im Jahre vorher schon gewerkschaftliche Schulungskurse für Lehrlinge zur Einführung. Just die Zeit der Tarifrevision im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit halten die Kommunisten für geeignet, um mit ihrer Wühlarbeit zu beginnen und so den Unternehmern willkommene Stützen zu leisten. Die Partei selbst konnte nie eine nennenswerte Bedeutung erlangen, ihrer Demagogie jedoch gelang es, in einige Berufsgruppen und Großbetriebe Verwirrung hineinzutragen, sie zu spalten, machtlos zu machen und so damit den Unternehmern auszuliefern. Die kommunistische Zelle unter den Buchdruckern, die sich „*Opposition der graphischen Arbeiter*“ nennt, etwa 30 Mitglieder zählt und unter Führung des nun wieder aufgetauchten und von Moskau beauftragten Karl Steinhart steht, holte in der Wiener Gaugeneralversammlung zum ersten Spatenstich ihrer Miniarbeit für die Tarifrevision aus, doch wurde die Versammlung bald — und besonders nach den auffälligen Worten des Vorsitzenden, Kollegen Schmitt — der Hinterhältigkeit der kommunistischen Absichten gewahr, und so mußten sich die „*kommunistischen Spaltplüger*“ in deutlicher Weise wieder einmal überzeugen, daß unter den Buchdruckern für ihre demagogischen Manöver trotz geschickter Regie kein dankbares Tätigkeitsgebiet ist. Trotzdem stellte die „*Opposition*“ für die kommende Zeit der Tarifrevision weitere „*Aktionen*“ in Aussicht.

**Tschechoslowakei.** Wie schon berichtet, erhielten die im Internationalen Buchdruckersekretariat vertretenen Verbände nach einem im vergangenen Jahre gefassten Beschluß der Erweiterten Sekretariatskommission den Auftrag, bei allen in Betracht kommenden behördlichen und Unternehmerstellen Erhebungen darüber anzustellen, ob und in-

wieweit diese gewillt sind, die geplante *Kustauschaktion* junger Kollegen zwischen den einzelnen Verbänden zu unterstützen. Der Verband der Buchdrucker in der Tschechoslowakei konnte dem Internationalen Buchdruckersekretariat bereits den erfreulichen Erfolg seiner bezüglichen Bemühungen bekanntgeben. Das Ministerium für soziale Verwertung in Prag, in dessen Bereich diese Angelegenheit in erster Linie fällt, brachte dieser Sache vollstes Verständnis entgegen und verpfand, die *Kustauschaktion* zu unterstützen. Des weiteren erklärte sich eine ganze Reihe von erstklassigen Betrieben in Prag bereit, die durch den Verband vermittelten jungen Kollegen aus dem Auslande aufzunehmen. Nun aber ist die weitere Gestaltung dieser Angelegenheit seitens des Internationalen Buchdruckersekretariats so gedacht, daß erst durch die endgültige Entscheidung des diesjährigen, im September in Amsterdam tagenden Internationalen Buchdruckerkongresses die Aktion in Fluß kommen soll, was nach Meinung des Verbandsvorsitzenden Nemecek überflüssigerweise den Verlust eines ganzen Jahres zur Folge haben würde. Der Genannte machte deshalb im Verbandsorgan den Vorschlag, mit dem Austausch junger Kollegen noch in diesem Jahre und noch vor dem Internationalen Buchdruckerkongress zu beginnen, und zwar in der Weise, daß der Austausch nur zwischen jenen Ländern zu verwirklichen wäre, die sich diesbezüglich gegenseitig entgegenkommen. Die Anzahl der auszutauschenden Kollegen wäre zu beschränken und die Dauer des Aufenthaltes auf ein Jahr zu bestimmen. Aus den an Kollegen Nemecek gelangten Anfragen aus Kollegenkreisen geht hervor, daß für diese *Kustauschaktion* ein begriffliches Interesse vorhanden ist.

**Frankreich.** Der Zustand in Charleville ist beendigt. Es wurde eine Lohnerhöhung von 2 Fr. täglich bewilligt. Der Minimallohn steigt damit auf 38,80 Fr. täglich. Von jetzt ab tritt auch die Inhaberrechnung in Kraft. — In Rouen wurde zwischen Prinzipal und Gesellen folgendes Abereinkommen getroffen: Die Löhne werden in Zukunft der Lebenssteuer angepaßt. Die Lohnbasis, die gegenwärtig 0,60 Goldfranken beträgt, kann während der Vertragsdauer für die Handseher in Buchdruckereien bis auf 7 Fr. steigen, für Maschinenseher beträgt die Lohnbasis 7,40 Fr. für Tages- und 8,40 Fr. für Nachtschicht. Diese Positionen werden auf 8 bzw. 9 Goldfranken erhöht, falls die Basis für Handseher 7 Goldfranken erreicht hat. Der Zustand in Lyon hat mit folgendem Arrangement sein Ende genommen: Es wurden bewilligt vom Jahre 1930 ab: 6 Tage bezahlte Ferien nach einer Karenzzeit von zwei Jahren, während des Jahres 1930 eine unerwartete Lohnerhöhung von 3,50 Fr. täglich, die jedesmal dem von der paritätischen Kommission festgesetzten Lohnminimum (also gleitende Lohnskala) hinzuzurechnen ist. — Im Zeitungsbetrieb, des „*Petit Journal*“, in Paris war ein Konflikt ausgebrochen wegen Entlassung eines Verbandsmitgliedes. Durch die mütterliche Solidarität der Nacharbeiters des „*Petit Journal*“ und der „*Chicago Tribune*“ fand eine Regelung nach Ablauf von 48 Stunden statt. Der Abteilungschef, um den sich dieser Konflikt drehte, wurde für 14 Tage beurlaubt und durfte erst nach 14 Tagen die Offizin wieder betreten. Dieser Zwischenfall war also erledigt und schien auch weiter keine Folgen zu haben. Doch am 24. Januar, mittags, wurden plötzlich zwölf Linotypseher entlassen, ohne daß irgend etwas vorgefallen war. Diese Handlung hatte zur Folge, daß das Gesamtpersonal des „*Petit Journal*“ (150 Mann) die Arbeit einstellte. Die Streikbrecherorganisation trat sofort in Tätigkeit, war aber nicht imstande, die Ausständigen zu ersetzen. Der Konflikt wurde nunmehr einem Schiedsgericht überwiefen, womit die Direktion zuerst nicht einverstanden war. — Über einen *Schweren Konflikt* in der Straßburger „*Imprimerie Alsacienne*“, der zur Arbeitsniederlegung des gesamten Personals führte, entnehmen wir dem „*Travailleur du Livre*“ folgende Einzelheiten: Im Laufe der letzten Jahre wurden eine Reihe bewährter Ressortchefs ihrer Stelle entlassen und durch andere, schweidigere, ersetzt, die dann auch das redliche Streben an den Tag legten, durch eine möglichst schikanöse Behandlung des Personals ihre Fähigkeiten zu dokumentieren und nach oben hin ihr Kind zu sein. Während anderwärts psychologisch erfahrene Abteilungschefs überzeugt sind, im besten Einvernehmen mit den ihnen unterstellten Arbeitsträften das größtmögliche Arbeitsquantum aus dem einzelnen herauszuholen zu können, stellte man sich hier auf den Machtschandpunkt und glaubte, durch Verbote und Maueranschläge die Arbeitsleistung erhöhen zu können, durch schikanöse Behandlung einzelne in Ungnade gefallene Arbeiter und Angestellte zur Aufgabe der Stelle veranlassen zu können, damit die Direktion die Kündigung des Arbeitsverhältnisses nicht selbst aussprechen mußte. Die zahlreichen Skandalen in den letzten Monaten und Jahren, und dazu die ständige Weigerung der Direktion, die Vertrauensmänner mit ihren Beschwerden anzuhören, haben den Kurs, den die Geschäftsleitung einzuschlagen liebte, klar erkennen lassen. Die in letzter Zeit sich ins Anerkennung gesteigerten Zustände haben der bewundernswerten Langmut, die das Personal bisher zeigte, ein Ziel gesetzt. In einer vom ganzen Personal besuchten Versammlung sprachen die Gesellen ein energisches und entschlossenes „*Bis hierher und nicht weiter*“ und beschloßen, von der Direktion die Entlassung von drei Ressortchefs zu fordern, weil sie es müde waren, weiter noch unter deren Zepher zu arbeiten. Die Vertrauensleute der Drucker überbrachten am folgenden Tage diesen Beschluß der Direktion, die aber ablehnte, die Forderung zu erfüllen. Eine Vertretung des Personals, unter Führung des Sektionspräsidenten, begab sich daher zum Präsidenten des Aufsichtsrats der Gesell-

schafft, um kein Mittel unverzucht zu lassen, und eventuell mit dessen Hilfe eine Änderung in die mitschläglichen Verhältnisse zu bringen. Während die Delegation verhandelte, ereignete sich im Betrieb Tumultuosen beim Erscheinen der in Frage kommenden Chefs, deren einer schon am Sonnabend die Arbeiter mit vorgelassenen Revolver in Schach zu halten versucht hatte, die zur fristlosen Entlassung von drei Kollegen führten und von der Direktion und den Chefs zum Anlaß genommen wurden, beim Staatsanwalt einmal gegen diese drei Kollegen und dann gegen alle Kollegen des ganzen Maschinenbaus Strafanktrag zu stellen. Damit war die Erregung zum Siedepunkt gestiegen, und wie auf Kommando verließ das gesamte Personal ohne jede Ausnahme in kameradschaftlicher Solidarität den Betrieb, gewillt, denselben nicht wieder zu betreten, bis ihm Genugtuung geworden. Nach Beendigung der nun einseitigen Verhandlungen konnte u. a. folgendes Ergebnis festgestellt werden: Der Mann mit der Waffe im Betrieb wird entlassen noch vor Aufnahme der Arbeit seitens der Gehilfen. Die beiden andern Chefs erhalten Weisungen, mit dem Personal Beziehungen zu unterhalten, die ein vernünftiges Zusammenarbeiten gewährleisten. Der Obmann der Vertrauensleute muß in erheblichen Beschwerdefachen von der Direktion stets angehört werden. Die Geschäftsleitung wird keinerlei Sanktionen gegen die am Streik beteiligten Gehilfen erteilen. Die Chefs verpflichten sich, keinerlei Repressalien gegen die am Konflikt beteiligten Gehilfen zu erteilen. Die Entlassung der drei Kollegen wird endgültig zurückgenommen. Sämtliche beim Gericht gestellten Strafanträge werden zurückgezogen. Das Gehilfenorgan macht dazu folgende Bemerkungen: „Das Personal der „Imprimerie Alsacienne“ mit dem plötzlichen Einstellen der Arbeit und dem Verlassen des Betriebes eine Verletzung nach den Bestimmungen des Tarifs begangen hat, kann nicht gezeugnet werden. Es kann aber auch nicht gezeugnet werden, daß die Direktion mit ihren Methoden und mit dem Gewährenlassen ihrer verantwortlichen Chefs eine Atmosphäre geschaffen hat, deren Stille die Explosion unsehrbar bringen mußte. Die Geschäftsleitung hat nicht nur nichts getan gegen die unwürdige Behandlung des Personals, sondern sie hat diese geradezu begünstigt. Man muß sich das Zusammenarbeiten in einem Betrieb vorstellen, dessen Personal dauernd unter einer seelischen Depression leidet, hervorgerufen durch das sinnlose Verhalten einiger Männer, die durch die Gunst des Schicksals oder ihrer Charaktereigenschaften die Rolle eines Chefs spielen dürfen. Anstatt Verhältnisse zu schaffen, unter denen das Personal mit Lust und Arbeitseifer die Arbeitsstätte betritt, wurde ihre Seele vergiftet und jeder Arbeitseifer künstlich Stück um Stück erdrückt. Zurückfiel mag das Personal gefehlt haben, moralisch aber — das nehmen wir für uns in Anspruch — konnte es nicht anders handeln, um endlich klare Luft und reine Luft zu schaffen.“ — Wie wir der „Imprimerie-Française“ entnehmen, hat die Lohnbewegung in Frankreich in Tunesien einen beachtenswerten Erfolg gehabt. Allgemein sind Lohnerhöhungen von 1 bis 3 Fr. täglich durchgeführt worden. Damit erreichen die Gesamtlohnverbesserungen seit 1928 ungefähr 8 Fr. pro Tag. In einzelnen Betrieben wurde die Feiertagsbezahlung erreicht; in einzelnen Druckereien Kinderzulagen durchgesetzt, die zwischen 30 und 70 Fr. pro Monat schwanken. Der mittlere Tageslohn ist nunmehr 38 bis 40 Fr., für Linotypsetzer 3 Fr. mehr. Trotzdem ist die Lage der Bucharbeiter keineswegs glänzend, da der Index in Tunesien fast auf gleicher Höhe steht wie in Paris.

### Korrespondenzen

H. Berlin. Unsere stark besuchte Generalsversammlung am 7. März im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ hatte folgende Tagesordnung aufzuweisen: 1. Bericht von den Manteltarifverhandlungen; 2. Festschließung bzw. Erhöhung des Beitrages; 3. Beschlußfassung über die Feste des 1. Mai; 4. Bestätigung des Bezirksleiters vom Bezirk 7 und des Vertreters der Maschinenleger im Gewerkschaftsrat; 5. Wahl eines Revisors für den Verbandsvorstand; 6. Wahl der erkrankten Kollege Albrecht in die Versammlung. Ein Ersuchen um Öffnung der Galerien wurde abgelehnt. Hierauf erkrankte Kollege Braun einen ausführlichen Bericht über Verlauf und Ergebnis der dreiwöchigen Tarifverhandlungen, wozu von den Tarifkontrahenten mehr als 330 Änderungsanträge gestellt worden waren. Der Referent führte u. a. aus: Daß der größte Teil der gestellten Änderungsanträge gegenseitig abgelehnt wurde, versteht sich von selbst. Trotzdem blieben beiderseitig noch genügend wichtige grundsätzliche Anträge übrig, die mit dem durchschnittdienst Beweismaterial begründet und tagelang zähe verfochten wurden. Den Vertretern der Gehilfenschaft ging es vor allem darum, mit Hilfe einer Tarifänderung der dringendsten Frage der Gegenwart, dem Arbeitslosenproblem, zu Leibe zu gehen und durch eine nennenswerte Verkürzung der Arbeitszeit, durch Eindämmung der Überstunden und Einredung der Sonntagsarbeit in die Wochenarbeitszeit der großen und langandauernden Arbeitslosigkeit zu wehren. Wir wußten, daß wir der erste Beruf waren, der es versuchte, den Siedenstundentag bei voller Lohnhöhe zu erobern, obwohl uns bekannt war, daß es noch eine ganze Reihe Tarife gibt, die den Neun-, ja den Zehnstundentag haben, wie im Textil-, Metall-, Chemiegewerbe usw. Es war uns auch nicht unbekannt, daß an uns noch einige andre Berufe hängen, die daran teilnehmen, wie Hilfsarbeiter, Buchbinder, Angestellte, die mit uns auch als 200 000 Beschäftigte in großartigen Gewerbe ausmachen. Wir waren uns auch darüber klar, daß es heute noch keine Regierung geben kann, die dazu übergeht, Arbeitslose zwangsweise in die Betriebe zu dirigieren, weil ihr dazu die Macht fehlt, und weil es eben auch an technischen betrieblichen

Widerständen scheitert. Trotzdem haben wir als erste das Problem angegriffen und, wenn auch bisher erfolglos, so doch eine ganze Menge Beweismaterial zusammengetragen, das auf Unternehmer und vor allem auf die Schlichter immerhin Eindruck gemacht hat. Wir haben statisch und an der Größe wie langen Dauer der Arbeitslosigkeit den Beweis erbracht, wie notwendig die von uns geforderten Maßnahmen zur Unterbringung der Arbeitslosen sind, und daß wir mit Recht fordern können, daß die Unternehmer nicht nur in guten Zeiten den Geschäftsgewinn einstecken, in schlechten Perioden aber dem Arbeiter das Risiko allein aufbürden, sondern daß sie in der Zeit solcher Not auch etwas von ihrer Gewinnquelle opfern müssen, noch dazu, da sie durch die vorgenommene Rationalisierung und durch ihre systematische und verstärkte Beschäftigungseinstellung seit fünf Jahren wesentlich zum heutigen Stand der Arbeitslosigkeit beitragen haben. Die Unternehmer begründeten ihre Ablehnung vor allem damit, daß wohl ein großer Mangel an Aufträgen vorliege, der Hunderte von Druckereien zu starken Entlassungen und Kurzarbeit gezwungen hätte, weil feste Aufträge ausbleiben und Zeitschriften eingegangen wären, wie auch der Mangel an Kredit die Unternehmungslust allgemein hindere. Es sei auch technisch nicht möglich, alle unterzubringen, da so viel Maschinen auch für Schichten nicht vorhanden seien, in einzelnen Sparten wären nicht einmal genügend Kräfte vorhanden, so seien in vielen Städten keine Maschinenleger arbeitslos, während Zeitungsrotationen auch heute noch gänzlich feststehen usw. Im Gegenteil würde die Produktion so sehr veräuert, daß der Druck- und Verlagsbedarf noch weiter zurückginge und dadurch die Arbeitslosigkeit sich noch mehr steigere. Grundsätzlich sei eine Verkürzung der Arbeitszeit für ein einzelnes Gewerbe nicht möglich, das sei nur durch gesetzliche Maßnahmen für alle angingig. Übrigens bewiese Amerika mit seinen Millionen von Arbeitslosen, daß in Krisenzeiten auch eine kurze Arbeitszeit nicht Arbeitslosigkeit verhindere. Daß wir auf diese und andre Einwände die Antwort nicht schuldig geblieben sind, ist selbstverständlich, aber alles hat nichts an dem starren „Nein, keine zehn Minuten ohne gesetzlichen Zwang“ der Prinzipalsvertreter ändern können, denn sich die antilichen Schlichter in vollem Umfange angeschlossen haben. Besser sind wir gefahren in allen andern Punkten, hauptsächlich in der Abwehr der vielen Prinzipalsanträge, die gestellt waren in der Hoffnung auf Erfüllung im Hinblick auf die miserable Arbeitsmarktlage. Man glaubte die Zeit gekommen, wo man wie 1924 uns einen Tarif aufzwingen konnte, der nicht nur jedes Gehilfenrisiko, denn Verlauf des Betriebes den Gehilfen aufbürden, sondern auch die Hebung der Produktion lediglich auf Kosten des Personals vor sich gehen lassen könnte. Dabei waren die Prinzipalsanträge oft in die harmloseste und unverfänglichere Form gekleidet. Redner besprach hierauf die einschneidendsten Verschlechterungsanträge der Prinzipale, den Verhandlungsgang vor dem Zentralarbeitsrat und verbreitete sich dann in klaren Ausführungen über die getroffenen Abänderungen. Vielleicht wäre noch etwas mehr zu erreichen gewesen, wenn nicht die Unternehmer den Schlichtern am Wortlaut anderer rückfälliger Tarife die Berechtigung ihrer Wünsche hätten beweisen können. Das einzige Minus der Verhandlungen ist in der Verweigerung einer Arbeitszeiterhöhung. Da wir als einzelne Gewerkschaft in dieser Frage nichts erreicht haben, bleibt nur eins übrig: Unser Verbandsvorstand muß den DGB, veranlassen, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß im Interesse der Arbeitslosen die Arbeitszeit verkürzt wird. Diese Frage bleibt das ernsteste Problem der Gegenwart und der Zukunft. Sie kann nur durch zwangsläufige Maßnahmen der Regierung gelöst werden, um wirtschaftliche und politische Katastrophen zu verhüten. Die Gehilfenvertretung hat dem Schiedsgericht ihre Zustimmung gegeben — trotz aller seiner Mängel, lediglich, weil zur Zeit etwas Besseres nicht präsentiert werden konnte — wir bitten auch Sie, sich mit dem Ergebnis abzufinden, ihm zuzustimmen und ihn bei der Abstimmung anzunehmen! Nach diesem Bericht des Kollegen Braun wurde mit großer Mehrheit die Festsetzung einer Redezeit von zehn Minuten beschlossen, um recht vielen Kollegen Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Als erster Diskussionsredner sprach Kollege Balthke und kritisierte Brauns Bemerkungen über Abwehr der Verschlechterungsanträge der Unternehmer. Es sei im ganzen weniger herausgenommen, namentlich in bezug auf Abschaffung der Sonntagsarbeit. Durch Strafmaßnahmen werde der Achtstundentag weiter verschoben. Das Zustandekommen in der Frage der Berufsferien sei keine Besserung, den Abbau der Lokalschlüsse in Rheinland und Westfalen habe Braun nicht erwähnt. Da der Tarif auf zwei Jahre laufe, sei es zweifelhaft, ob dann die Zeit günstiger sein würde. Der Arbeitslosenstand wird sich nicht vermindern. Die Kollegen schädigen sich, wenn sie den Tarif annehmen, die Umabstimmung sei eine Komödie. Werde der Manteltarif abgelehnt, dann folge die Verbindlichkeitsklärung. Redner verlas am Schluß eine längere Entschiedenheit, die den Manteltarif verwirft und zum schärfsten Kampf auffordert. — Kollege Pieper erkannte die Mühe unserer Vertreter bei den Verhandlungen an und sprach ihnen Dank aus. Keiner sei von dem Tarifabschluß betroffen, es seien nur selbständige Verbesserungen erreicht, die sich auf die Sonntagsarbeit beziehen. Er verlangete für die Sonntagsarbeiter einen freien Tag. Die zweite Verbesserung bezöge sich auf Berufsferien. Er bedauerte das Nichtvorkommen in der Verkürzung der Arbeitszeitrage. Die Frage, ob wir gewillt und fähig sind, gegen den Staat den Siedenstundentag durchzuführen, sei zu verneinen. Das ewige Herunterreißen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeitervertreter, ebenso die Zersplitterung der Arbeiter läßme nur die Straftat der Arbeiterbewegung. Trotz aller Bedenken sollte man sich mit dem Tarif abfinden. Redner legte gleichfalls eine Entschiedenheit vor. — Kollege Engelmeier erklärte u. a.: Der neu abgeschlossene Tarif werde nicht zwei Jahre laufen. Die Gewerkschaftsvertreter könnten und wollten nicht für den Siedenstundentag kämpfen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei durch Verhandlungen mit den Unternehmern nicht möglich, es solle die Kraft der Organisation herangezogen werden. Wenn wenigstens für die Stereotypen und Maschinenleger eine halbtägige Arbeitszeit-

verkürzung herausgelassen wäre. — Kollege Katermann betonte, die Abwehr der vielen Verschlechterungen sei ein Erfolg. Durch das Wort „Kampf“ schaffe man keine Verbesserungen. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit sei ohne staatliche und internationale Zusammenarbeit nicht zu erreichen. Engelmeier habe sich wegen der Verkürzung der Arbeitszeit für die Sparten widersprochen. Die Kommunisten wollten durch ihren Kampf alles in Grund und Boden reiten. Werde der Schiedspruch in der Umabstimmung abgelehnt, so müsse erneut verhandelt werden. Die Abwehr der Affordarbeit an den Maschinen sowie die Berufsferien seien ein Vorzug. Das Nichtabfinden der Kurve in der Verbesserung des Manteltarifs sei ebenfalls von Bedeutung. — Kollege Krause (Vertreter der Erwerbslosen): Die Arbeitslosen blühten nur auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Er fragte, was hat der Gewerkschaftsvorstand gegen die Leistung der Überstunden getan und kam dann auf den Fall Selbstentzwei zu sprechen. Einstellung von Arbeitslosen auf längere Dauer käme überhaupt nicht mehr vor. Wegen der Einstellung der Verbandsinstanzen zur Bourgeoisie und zum Staat sei nichts anderes zu erwarten gewesen. Wir verlassen uns nicht auf unsere Gewerkschaftsvertreter, sondern auf die Gesamtarbeiterschaft. Dieser Schandvertrag müsse abgelehnt werden. — Kollege Wieland: Die Kernfrage sei die Verkürzung der Arbeitszeit. Man könne die Einstellung der Arbeitslosen durchaus verstehen, seit dem Jahre 1928 haben wir eine anormale Arbeitslosigkeit. Die Not fällt zusammen mit einer Weltwirtschaftskrise. Wir wollen uns nicht der Illusion hingeben, daß durch Einführung des Siedenstundentages alle Erwerbslosen untergebracht werden können. Die Kollegen legen zu wenig Wert auf die Abwehr der Verschlechterungsanträge. — Kollege Lehndardt stellte einen Antrag auf Schluß der Diskussion, der gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Hierauf erhielt Kollege Braun das Schlußwort. Er führte aus, daß ein unglücklicher Kampf die Zerstörung des Tarifs bedeute. Eine Tariflosigkeit wäre nur von Vorteil, wenn die Situation günstig ist. Die Hilfsarbeiter und Angestellten Berlins haben jahrelang um einen neuen Tarifabschluß gekämpft, weil ihnen während der Tariflosigkeit alle Arbeitsverhältnisse verschlechtert worden sind. Dieses sollte uns ein warnendes Beispiel sein. Wer jetzt zum Kampf aufruft, handelt verantwortungslos — diesem Ruf können nur Abstanten folgen. Alle Bezirksversammlungen haben die kommunistische Resolution abgelehnt — tun Sie das gleiche! Der Bericht im „Korr.“ über das Ergebnis sei einseitig und klar. Engelmeier denke nicht an die Arbeitslosen. Der Vorwurf des Verhaltens hinter verschlossenen Türen sei unzutreffend; mindestens 80 Personen hätten an den Verhandlungen teilgenommen, außerdem sei eine eingehende Berichterstattung erfolgt. — In der nunmehr folgenden Abstimmung wurde die Entschiedenheit des Kollegen Balthke gegen wenige Stimmen abgelehnt, dagegen diejenige des Kollegen Pieper gegen wenige Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die am 7. März 1930 im „Gewerkschaftshaus“ tagende Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer sieht in dem abgeschlossenen neuen Manteltarif keine der heutigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage angepaßte Änderung unserer Arbeitsbedingungen. Die Funktionen halten vor allem an ihrer Forderung nach einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit als eines der Mittel zur Vermeidung der katastrophalen Arbeitslosigkeit unbedingt fest. Wenn die Funktionen trotzdem den Kollegen den Eintritt in den Kampf nicht empfehlen können, so aus dem Grunde, weil bei Würdigung aller politischen und wirtschaftlichen Widerstände ein Kampf um den Siedenstundentag in unserm Gewerbe gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg hat. Sie fordern deshalb die Kollegen auf, sich hinter den Aufruf der Verhandlungskommission zu stellen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung begrüßte Kollege Schöffel die Notwendigkeit der Erhöhung des Gewerkschaftsbeitrages. Im ganzen seien an die Ausgeschickten seit September vorigen Jahres 73 300 M. ausgegeben, es sei ein Festbetrag von 27 281 M. entstanden. Durch die große Arbeitslosigkeit mache sich auch der Beitragsrückgang sichtbar. Am Schluß des Jahres 1929 hatte der Gau ein Vermögen von 1 117 933 M., in der Vorkriegszeit sei bei weniger Mitgliedern ein gleiches Vermögen vorhanden gewesen, dieses dürfe sich nicht verringern. Eine Erhöhung des Beitrages über 3 M. hinaus sei jedoch unzulässig. Der erhöhte Beitrag solle so lange erhoben werden, bis das Defizit gebett ist und wieder zu gegebener Zeit wieder aufgehoben werden. — Kollege Braun sprach gegen die Beitragserhöhung. Man solle die 6 000 000 M. Verbandsvermögen für die Arbeitslosen verwenden. Sollte die Erhöhung beschlossen werden, so würde er sie zahlen. — Kollege Wieland: Der Standpunkt der Opposition ist, daß sie den erhöhten Beitrag bezahlt, wenn er beschlossen wird. Die Gelder der deutschen Gewerkschaften sind bei der Hand der Arbeiter, Angestellten und Beamten sicher untergebracht. Der Opposition ist nur darum zu tun, alles was von Seiten des Vorstandes getan wird, zu kritisieren. Kollege Wolff habe im 4. Bezirk sogar aufgefordert, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen. Die Kollegen sollten es ablehnen, sich weiterhin von der Opposition als Sozialisten bespötteln zu lassen. Im Interesse der Arbeitslosen sollten die 20 Pf. bewilligt werden. — Kollege Lohse setzte sich in temperamentvoller Weise für die Erhöhung des Beitrages ein. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde durch Kollegen Niemann begründet und gegen wenige Stimmen angenommen. Der vorgeschlagene Beitragserhöhung wurde mit Wirkung ab 16. März 1930 gegen wenige oppositionelle Stimmen zugestimmt, was lebhaftes „Psst!“-Rufen bei der Mehrheit der Versammlung auslöste. — Zum dritten Punkt der Tagesordnung, „Die Feste des 1. Mai“, erklärte Kollege Albrecht, daß der Gewerkschaftsvorstand auf Grund eines Entschlusses des Reichsverbandes am 1. Mai nicht aufrufen dürfe. Ohne Zustimmung der Prinzipale dürfe der 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht gefeiert werden. Alle Bezirksversammlungen hätten aber Arbeitsruhe beschlossen. Kollege Wieland brachte zum Ausdruck, die Funktionen in den Betrieben sollten auf das erwähnte Urteil hinweisen und brachte folgende Entschiedenheit an: „Die am

7. März im Gewerkschaftshaus' verammelten Funktionäre des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer beschließen, wie in den Vorjahren, den 1. Mai auch in diesem Jahre durch Arbeitsruhe zu feiern, weil dies der Bedeutung des Tages am besten entspricht. Die Funktionäre ermahnen von allen Kollegen, daß sie diesem Beschluß nachkommen. Kollege S e n s kritisiert das Urteil des Reichsschiedsammtes zur Feier des 1. Mai. Seine Ausführungen gingen, durch lebhaftes „Schluß-Rufe“ unterbrochen, verloren. Kollege W e g a n d begründete einen Antrag auf Schluß der Debatte. Die Entschließung zum Antrag des 1. Mai wurde darauf einstimmig angenommen. Zum vierten Punkt der Tagesordnung wurde der Kollege R e i n h o l d R e i c h e als Bezirksleiter für den 7. Bezirk bestätigt. Zur Bestätigung des Kollegen W a h l o als Vertreter der Maschinenfeger im Gauvorstand machte Kollege P o s h m a n n im Auftrage des Vorstandes nähere Mitteilungen über dessen Verhalten, das verschiedentlich zu Differenzen Anlaß gab. An der sich daran anschließenden Debatte für und gegen W a h l o beteiligten sich die Kollegen K ö r b e r und W u n d e r l i c h. Kollege W a h l o betonte in seiner Rechtfertigung u. a., daß er bisher gegen den Strom geschwommen habe und das auch weiterhin tun werde. Ein Schlußantrag des Kollegen R e i n h o l d machte dem unerquicklichen Streit ein Ende. Kollege P e t z c h erklärte noch, daß Kollege P o s h m a n n im Auftrage des Gauvorstandes gesprochen habe, die letzte Vorstandssitzung habe ihn damit beauftragt. Wäre Kollege W a h l o in dieser Sitzung anwesend gewesen, dann hätte ihn dort daselbe gesagt werden können. Im Interesse der Gesamtkollegenchaft sei es nötig, daß keine Entschließung eine andere werde. Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde Kollege W a h l o mit Mehrheit bestätigt. Ein großer Teil der Versammlung entschied sich für die Stimme. Zum fünften Punkt der Tagesordnung, „Wahl eines Revisors für den Verbandsvorstand“, wurde Kollege O s k a r T r e n s e als der Reichsdrucker mit Mehrheit gewählt. Ph. M. W a n n e m. Im Anschluß an die Tarifberatungen betraf der Gauvorstand die Vertreter der Bezirks- und Ortsvereine sowie die Spartenvorstehenden des Gauces Mittelrhein zum 9. März nach hier, um den Bericht über die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Manteltarifs entgegenzunehmen. Nach Eröffnung der Konferenz und Begrüßung der erschienenen Vertreter durch den Gaukassierer K r a f t kamen zunächst einige interne Angelegenheiten zur Erledigung. Der dann folgende etwa zweistündige, in äußerst verständlicher Weise gegebene Bericht des Kollegen C o n r a d i war ein Spiegelbild des dreiwöchigen Ringens. In einem kurzen Rückblick streifte er die ehemalige Tarifgemeinschaft sowie die Lohn- und Manteltarifverhandlungen der letzten Jahre. Bei Bewertung des Ergebnisses der diesmahligen Beratungen sei zu beachten, daß die Depression im gesamten deutschen Wirtschaftsleben nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen blieb. Der Referent behandelte eingehend die bei den einzelnen Paragrafen des Tarifs durch Schiedsprüche getroffenen Änderungen und betonte, daß trotz manch offen gebliebenen Wünsches die Annahme des Tarifs seiner jetzigen Fassung empfohlen werden kann, da ja die „Mantel- der Gehilfenvereine“ einmütig die Zustimmung gegeben worden sei. Wenn es gelang, unter Abweh- rung der ganz bedeutenden Verschlechterungsanträge, die von Prinzipalsseite gestellt waren, noch wesentliche Verbesserungen durchzusetzen, so könne immerhin von einem Erfolg gesprochen werden, der zweifellos bei der bergehenden Mehrheit der deutschen Gehilfenchaft Anerkennung finden wird. Den von den Teilnehmern mit größter Aufmerksamkeit aufgenommenen Darlegungen oblag verdienter Beifall. Kollege K r a f t dankte dem Berichtstatter und zugleich namens der Konferenz allen ihren Unterhändlern für ihre unermüdete und anerkennenswerte Arbeit. Bei der Aussprache über den Bericht wurde folgende Entschließung mit zur Debatte gestellt:

Die am 9. März 1930 in Mannheim tagende Bezirks- und Ortsvorsitzerkonferenz des Gauces Mittelrhein kommt nach einem ausführlichen Bericht des Kollegen C o n r a d i über die Manteltarifverhandlungen in eingehender Besprechung zu folgender Entschließung: Eingedenk der wirtschaftlichen und sozialen Not unserer arbeitslosen Kollegen verlangt die Gehilfenchaft eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Leider war dieser auch kulturell begründeten Kardinalforderung ein Erfolg nicht beschieden; immerhin gelang es dem zähen Ringen unserer gehilfenseitigen Vertreter, trotz äußerst schlechter Arbeitsmarktlage nicht nur von der Gegenseite verlangte Zurückveränderung der tariflichen Gehilfenrechte abzuwehren, sondern einer Anzahl der gehilfenseitigen Änderungsanträge zur Annahme zu bringen.

Sache aller arbeitenden Kollegen wird es sein, die verbesserten Positionen im tariflichen Arbeitsverhältnis der Allgemeinheit unserer Kollegenchaft nutzbar zu machen.

In Anerkennung der aufreibenden Tätigkeit unserer Gehilfenvertreter und mit besonderem Dank an dieselben empfiehlt die Bezirks- und Ortsvorsitzerkonferenz den Kollegen, in der Abstimmung am 17. März 1930 dem Schiedspruch des tariflichen Zentralschiedsrichtungsamtes die Zustimmung zu geben.

In der Diskussion, die sich durchweg in zustimmendem Sinne bewegte, beteiligten sich die Kollegen S c h i l l e r (Wiesbaden), B e n z i g (Mainz), S c h m i t t und F ü n g t (Mannheim), K a u f (Weidelsberg), K r a f t (Mannheim), S t r u e b e r und W a h l e (Ludwigshafen), H ö h n (Wilmberg), D i t t e (Speyer), W a y (Kaiserslautern), W ö l t e r (Worms) und T h i e (Frankenthal). Daß seitens unserer Prinzipale absolut kein Verständnis für die Notwendigkeit einer Verabredung der Arbeitszeit vorhanden war, erfuhr berechtigter Kritik. In Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe hätte man in dieser Frage bestimmt ein Entgegenkommen erwartet. Im Schlußwort ging Kollege C o n r a d i auf die in der Diskussion gestellten Fragen ein und konnte erfreulicherweise feststellen, daß die Teilnehmer der Konferenz anerkenntliche Worte gefunden haben und die Schwierigkeiten der diesmahligen Verhandlungen nicht unterschätzen. Wenn keine Verkürzung der Arbeitszeit gelang,

so sei dies nicht zuletzt durch Verhältnisse bedingt, die von einer einzelnen Gewerkschaft nicht gemindert werden können. An der Gehilfenchaft liege es nun, die getroffenen Vereinbarungen durchzuführen in dem Bewußtsein, daß wir trotzallemem vorwärts gekommen sind. Aufgabe der Mitgliedshafter ist es aber, bei den Berichterstattungen den Mitgliebschaften die Annahme der getroffenen Abmachungen zu empfehlen. Nach einstimmiger Annahme der vorgelegten Entschließung und Erledigung einer Reihe kurzer Anfragen konnte Kollege K r a f t gegen 5 1/2 Uhr die Konferenz mit Worten des Dankes an die Teilnehmer schließen.

**München. (Drucker. — B i e r t e l j a h r s b e r i c h t.)** Die gut besuchte Versammlung am 18. Januar brachte uns ein technisches Referat des Herrn Oberingenieurs W o l f f der M A. über „Neue Frontbogenmaschinen“. Der Vortrag löste bei allen Kollegen reges Interesse aus. An Hand von zahlreichen gut ausgeführten Lichtbildern und Photos konnten diese mit allen technischen Neuerungen ausgestatteten Maschinen (zur Zeit in zwei Größen ausgeführt, Format 45 x 60 und 55 x 75) in Augenschein genommen werden. Vorstehender F e l l n e r sprach dem Referenten im Namen des Vereins besten Dank aus. — Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung fand am 8. Februar statt, in der Kollege R o h r e r über „Technische und wirtschaftliche Rundschau in Verbindung mit den Tarifverhandlungen“ referierte. Die Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft. Es wurde eine Entschließung gefaßt, deren Übermittlung an die Zentralkommission erfolgte.

**Münster i. W. (Maschinenfeger.)** Unsere Generalversammlung am 23. Februar erstreckte sich eines guten Belanges. Vorstehender F ü t t e gab einen Bericht über die Jahreshauptversammlung der Gauvereinigung in Dortmund, an der wir mit 22 Mitgliedern teilgenommen haben. Ein Angebot der Mergenthaler Ceymashinenfabrik betreffend eine Ausstellung von Neuerungen an der Linotype soll akzeptiert werden. Die neue Zeitschrift „Der Spatienring“ wird allen Typographen unserer Vereinigung von der Typographenfabrik zugestellt. Zwei Neuaufnahmen wurden vollzogen. Den Jahresbericht des Vorstandes gab in ausführlicher Weise der Schriftführer. Unser Mitgliederbestand ist stabil geblieben; er betrug am Anfang und Ende des Jahres 57. Durch Eingehen des über 100 Jahre bestehenden „Wesfälischen Verkürs“ wurden gegen Ende des Jahres fünf Maschinenfeger arbeitslos. Der Kassierbericht des Kassierers H o r o g g wies einen Bestand von 152 M. auf. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und ein Äquivalent für seine langjährige bewährte Kassienführung geboten. Eine Nachbewilligung für unsere Arbeitslosen für die Fahrt nach Dortmund wurde von der Versammlung einstimmig genehmigt. Weiter wurde beschlossen, den unsere Versammlungen besuchenden arbeitslosen Kollegen ein Zeugniss zu geben. Bei der Vorstandswahl sprachen die Mitglieder dem Vorstand ihr Vertrauen dadurch aus, daß sie diesen einstimmig per Affirmation wiederwählten. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

**Neu. Am 2. März fand hier eine a. b. s. e. o. d. e. n. t. l. i. g. e. R. e. s. m. i. n. u. a. g. i. a. t. t. D. u. n. t. e. r. g. e. m. i. n. B. e. r. h. ä. l. t. i. s. s. e. n. e. V. o. r. t. a. n. d. s. w. a. h. l. a. u. f. d. e. r. G. e. n. e. r. a. l. v. e. r. s. a. m. l. u. n. g. i. n. F. e. b. r. u. a. r. n. i. c. h. z. u. s. t. a. n. d. e. g. e. k. o. m. m. e. n. w. a. r. b. e. s. t. ä. t. i. g. e. s. i. c. h. d. i. e. h. e. u. t. i. g. e. V. e. r. s. a. m. l. u. n. g. d. a. m. i. t. U. n. t. e. r. A. n. w. e. s. e. n. h. e. i. t. d. e. s. B. e. z. i. r. k. v. o. r. s. i. t. e. n. d. e. n. S. c. h. i. n. d. e. l. b. e. d. e. r. t. a. m. d. i. e. S. a. c. h. e. u. n. t. e. r. D. a.ß. U. n. t. e. r. d. e. r. W. a. h. l. g. i. n. g. u. a. h. e. r. v. o. r. d. i. e. K. o. l. l. e. g. e. n. P. e. t. e. r. G. a. l. l. a. s. a. l. s. e. r. s. t. e. V. o. r. s. i. t. e. n. d. e. r. W. i. n. a. n. d. D. e. d. e. r. a. s. K. a. s. s. i. e. r. D. i. e. s. t. a. r. k. e. A. r. b. e. i. t. s. l. o. s. i. g. k. e. i. t. b. e. s. t. ä. t. i. g. t. d. i. e. V. e. r. s. a. m. l. u. n. g. l. e. b. h. a. f. t. D. i. e. i. n. 105. J. a. h. r. g. a. n. g. e. r. s. c. h. e. i. n. e. n. d. e. „N. e. u. e. r. Z. e. i. t. u. n. g.“ w. i. d. h. e. u. t. e. i. n. O. b. e. r. h. a. u. s. e. n. g. e. d. r. u. c. k. t. e. i. n. e. F. o. l. g. e. d. e. r. R. a. t. i. o. n. a. l. i. s. i. e. r. u. n. g. z. u. m. S. c. h. a. d. e. n. d. e. r. h. i. e. s. i. g. e. n. K. o. l. l. e. g. e. n. s. c. h. a. f. t. d. e. n. a. c. h. t. K. o. l. l. e. g. e. n. b. l. i. e. b. e. n. a. u. f. d. e. r. S. t. r. a.ß. e. D. i. e. s. e. T. a. t. s. a. c. h. e. i. s. t. f. ü. r. u. n. s. e. r. O. r. t. s. v. e. r. e. i. n. s. e. h. r. b. e. d. a. u. e. r. v. e. r. s. t. d. a.ß. d. i. e. „N. e. u. e. r. Z. e. i. t. u. n. g.“ h. i. e. r. 13. K. o. l. l. e. g. e. n. b. e. s. t. ä. t. i. g. t. D. i. e. ü. b. r. i. g. e. n. h. i. e. s. i. g. e. n. D. r. u. c. k. e. i. n. e. r. s. t. e. l. l. e. n. n. u. r. e. i. n. M. i. n. d. e. s. t. m. a.ß. a. n. A. r. b. e. i. t. s. g. e. l. e. g. e. n. h. e. i. t. M. i. t. d. e. m. M. a.ß. n. w. o. r. t. t. r. o.ß. a. l. l. e. m. t. r. e. u. z. u. V. e. r. b. a. n. d. z. u. h. a. l. t. e. n. s. c. h. l. o.ß. d. e. r. V. o. r. s. i. t. e. n. d. e. n. d. e. V. e. r. s. a. m. l. u. n. g.**

— **S. i. e. g. e. n.** Am Vororte Siegen tagte am 23. Februar die erste diesjährige Bezirksversammlung. Der Besuch war gut, mit Ausnahme der Orte Feudingen und Waldbröl waren sämtliche Druckorte vertreten. Vorstehender W e r t e l g. e. d. a. c. h. t. e. i. n. g. a. n. g. e. n. d. e. n. v. e. r. s. t. o. r. b. e. n. K. o. l. l. e. g. e. n. N. a. c. h. B. e. l. a. n. n. i. g. a. b. e. d. e. r. E. i. n. g. ä. n. g. e. s. t. r. e. i. t. e. d. e. r. V. o. r. s. i. t. e. n. d. e. n. d. e. b. u. r. c. h. d. i. e. B. e. r. a. t. u. n. g. d. e. s. M. a. n. t. e. l. t. a. r. i. f. s. g. e. s. c. h. a. f. t. e. g. e. g. e. n. w. ä. r. t. i. g. e. S. i. t. u. a. t. i. o. n. d. i. e. M. i. t. g. l. i. e. d. e. r. z. u. r. G. e. s. c. h. l. o.ß. e. n. e. i. t. e. r. m. a.ß. n. e. n. V. o. m. J. a. h. r. e. s. u. n. d. R. a. s. s. e. n. b. e. r. i. c. h. t. v. o. m. v. i. e. r. t. e. n. Q. u. a. r. t. a. l. n. a. h. m. n. a. K. e. n. n. t. n. i. s. u. n. d. e. r. t. e. i. l. t. e. d. e. m. K. a. s. s. i. e. r. E. i. n. l. e. i. t. u. n. g. D. e. r. v. o. m. V. o. r. o. r. t. g. e. w. ä. h. l. t. e. V. o. r. s. t. a. n. d. w. u. r. d. e. i. n. s. e. i. n. j. e. t. i. g. e. n. Z. u. s. a. m. m. e. n. s. u. n. g. b. e. s. t. ä. t. i. g. D. e. n. B. e. r. i. c. h. t. v. o. n. d. e. r. B. e. z. i. r. k. v. o. r. s. i. t. e. r. k. o. n. f. e. r. e. n. z. e. r. s. t. a. t. e. t. e. d. e. r. V. o. r. s. i. t. e. n. d. e. D. i. e. t. u. z. e. A. u. s. s. p. r. a. c. h. e. h. i. e. r. u. b. e. f. a.ß. t. e. s. i. c. h. m. i. t. d. e. r. G. a.u. t. e. r. b. e. f. a.ß. e. M. i. t. i. h. r. e. m. B. e. r. i. c. h. t. u. n. d. e. n. k. o. n. n. t. e. s. i. c. h. d. i. e. M. e.ß. z. a. h. l. d. e. r. A. n. w. e. s. e. n. d. e. n. n. i. c. h. e. i. n. v. e. r. s. t. a. n. d. e. n. e. r. l. ä. r. e. n. A. u. s. d. e. n. B. e. r. i. c. h. t. e. n. d. e. r. V. e. r. t. r. a. u. e. n. s. t. e. u. e. g. i. n. g. h. e. r. v. o. r. d. i. e. i. n. g. a. n. z. e. n. g. e. h. e. n. d. e. r. B. e. s. t. ä. t. i. g. u. n. g. s. g. r. a. d. n. o. c. h. g. u. t. z. u. n. e. m. e. n. i. t. G. e. g. e. n. e. i. n. i. g. e. M. i.ß. b. ä. n. d. e. w. i. r. d. d. e. r. V. o. r. s. t. a. n. d. d. i. e. n. ö. t. i. g. e. S. c. h. r. i. t. t. e. n. z. u. r. A. b. s. t. e. l. l. u. n. g. e. i. n. l. e. i. t. e. n. N. a. c. h. R. e. g. e. l. u. n. g. d. e. r. F. a. h. r. e. n. t. i. f. i. c. i. a. t. i. o. n. u. n. d. M. i. t. t. e. i. l. u. n. g. ü. b. e. r. d. i. e. B. e. z. i. r. k. s. i. n. g. p. r. ü. f. u. n. g. w. a. r. d. i. e. r. u.ß. i. g. u. n. d. s. a. c. h. l. i. c. h. v. e. r. l. a. u. f. e. n. e. V. e. r. s. a. m. l. u. n. g. i. h. r. e. n. A. b. s. c. h. l. u.ß.

**Stuttgart. (Maschinenfeger.)** Die Generalversammlung unserer Gauvereinigung fand am 23. Februar hier statt. Die zwölf Bezirke unseres Gauces waren mit 112 Delegierten vertreten. Als Gäste waren 45 Mitglieder erschienen. Vorstehender R o h r e r u. a. s. b. e. g. r. ü.ß. t. e. d. i. e. A. n. w. e. s. e. n. d. e. n. b. e. s. o. n. d. e. r. d. e. r. V. e. r. t. r. e. t. e. r. d. e. s. G. a. u. v. o. r. s. t. a. n. d. e. s. u. n. d. d. i. e. j. e. n. i. g. e. n. d. e. r. S. p. a. r. t. e. n. d. e. n. K. o. l. l. e. g. e. n. W. i. e.ß. i. n. g. (Stuttgart) als Vertreter des Typographen und den Kollegen S. t. r. o.ß. e. l. (München) als Vertreter der Linotype. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen gelehrt. Nach den geschäftlichen Mitteilungen gab der Vorstehende einen ausführlichen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr als Ergänzung zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Dem Verband gehören 998 Kollegen an, davon sind 588 Mitglieder der Sparte (93,31 Proz.). Den Kassierbericht erstattete der Kollege H a g e n b. u. c. h. u. n. d. g. a. b. g. l. e. i. c. h. t. i. g. e. i. n. e. Ü. b. e. r. s. i. c. h. t. ü. b. e. r. d. i. e. E. n. t. w. i. c. k. u. n. g. d. e. s. V. e. r. e. i. n. s. u. n. d. d. e. r.

Kassengeschäfte während seiner Amtszeit. Hierauf erfolgte der Bericht des Obmanns der Technischen Kommission. Die Aussprache über die Geschäftsberichte gestaltete sich sehr lebhaft und fruchtbringend. Die Wahl des Vorstandes brachte infolgedessen eine Änderung, als der Kassierer, Kollege Hagenbuch, nach 21jähriger treuer Pflichterfüllung von seinem Posten zurücktrat. Als Ersatz wurde das sechsjährige Vorstandsmitglied D. B. e. c. e. g. e. w. ä. h. l. t. u. n. d. f. ü. r. l. e. t. z. t. e. n. i. n. d. e. T. e. c. h. n. i. s. c. h. e. K. o. m. m. i. s. s. i. o. n. d. i. e. z. u. g. l. e. i. c. h. B. e. z. e. h. n. e. r. k. o. m. m. i. s. s. i. o. n. i. s. t. d. e. r. K. o. l. l. e. g. e. W. a. g. N. o. z. (Linotypenfeger), für den Kollegen Eiser der Kollege Hoos (Linotype). Der Vorstand stellte u. a. den Antrag, unsere diesjährige Wanderversammlung in Oberndorf abzuhalten. Dieser Antrag wurde nach einigen Für- und Wider angenommen, ebenso die weiteren vom Vorstand gestellten Anträge. In seinem Schlußwort brachte der Vorstehende den Kollegen den Dank für ihre Mitarbeit zum Ausdruck, ebenso der Linotypen- und Typographen-Gesellschaft, die eine kleine Ausstellung über Neuerungen an den Maschinen veranstaltet, für die allgemeines Interesse vorhanden war. Außerdem konnte jedem Kollegen eine Broschüre „Wie die Linotypenmatrize entsteht“ von der Schriftgießerei Stempel W. G. (Zürich) überreicht werden. — Nachmittags von 4 Uhr ab trafen sich die Teilnehmer der Generalsammlung zu kollegialem Beisammensein mit Musikischer und anderer Unterhaltung im „Hotel am Stadgarten“ (Metallarbeiterheim), wobei der gemütsliche Teil zu seinem Recht kam.

### Allgemeine Rundschau

**Über Schwierigkeiten bei der Kleinschreibung.** Im „Sprachwintel“ des „Schweiger Jungbuhndrucker“ wurden letzten von einem Korrekturenkollegen verschiedene ältere Beispiele dafür aufgeführt, daß sich bei der neuerdings wieder lebhafter propagierten Kleinschreibung Zweifel und Mißverständnisse weit öfter einstellen würden, als die Gegner der Großschreibung gemeinhin behaupten. Abgesehen davon, daß die Großschreibung der Hauptwörter ein schnelleres Erfassen des Sinnes, zumal bei längeren Sätzen, ermöglicht, namentlich im gehobenen Stil und in der Poesie, wo die Anwendung des Attributs im Genitiv leichter beliebt ist, kann die Kleinschreibung zu Zweideutigkeiten führen, die zum mindesten ein nochmaliges Durchlesen des betreffenden Satzes notwendig machen. Hierfür einige Beispiele: Daß du der großen gnade, der mächtigen gunst, der tätigen und guten Förderung dich verdienst, ist eine forderung Goethes. — Gott tönt mit seiner stimme wunderbar. — Und schon tönt heller klang der frommen glocken, in eise aufgerichtet zum gebet. — Umstehet unter der liebe schiff, so können wir im frieden sigen. — Ich will der gewaltigen hoffart ein ende machen. — Nehmet auch der heiligen nachdruck an. (Zum besseren Verständnis obiger Sätze sind die Anfangsbuchstaben der im Wesfall stehenden Wörter fett gedruckt.) An einigen weiteren Beispielen sei gezeigt, wie durch den Umstand, daß unsere Sprache eine große Anzahl von Hauptwörtern hat, die gleichlautend wie Zeit-, Eigenschafts- und andere Wörter sind und manchmal eine verschiedene Bedeutung haben, Verwechslungen bei der Kleinschreibung möglich sind. (Wo die Gestalt einer Mißbeurteilung besteht, ist der Anfangsbuchstabe ebenfalls aus- gezeichnet.) Es war ein kaus, in dem ernt und strengo freundschaft und liebe überwoogen. — Meine seele voller liebe süßet in dem bunsten licht. — Seit wir neuebeuge angenommen, schlafe ich in einem fort. — Es ist besser, das gegenwärtige gut gebrauchen, denn nach andern gedenken. — Treuer heiland, wir sind hier in der anbadt stille. — Trachtet nicht nach hohen dingen, sondern haltet euch herunter zu den niedrigen. — Der verfolgte schloß, in banger sorge um sein leben, von häßlern eifrigt gesucht, mit dem nächsten schiff nach America. — Wer ist bräutigam und braut zugleich? — Die gesellschaft kann vermeiden, daß schwer belastete kinder, d. h. leib erzeugen. — Führe den alten dichter in den wald. — Es dürfte im Interesse der Korrekturen liegen, die in ihrer großen Mehrheit für Beibehaltung der Großschreibung sich werben, wenn sie die Sammlung von Stichbüchern, die aus der Kleinschreibung resultieren, noch vervollständigen würden, um auf diese Weise die Unquemlichkeit der „gustaf-nagel-ortografi“ handgreiflich darzutun.

**Berliner Arbeiter-Sprachkurse.** Anfang April beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Kritisches Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung und Sprachlehre; „mir oder mich“, Anfertigung von Aufsätzen. Zur Deutung der Instruktionen wird ein Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

**Arbeiterferienreisen.** Seit Jahren schon führt der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Reichsleitung für Deutschland, in erfolgreichster Weise Ferienreisen durch. In breiten Kreisen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß der von den Gewerkschaften erkämpfte Urlaub auch zweckmäßig zur Erholung und zur Erhaltung der Gesundheit verbracht werden muß. Die „Naturfreunde“ nehmen bei den von ihnen veranstalteten Ferienreisen vor allem auf die dem einfachen Manne zur Verfügung stehenden Mittel Rücksicht. Mit wenig Geld viel zu schauen und zu erleben, ist das Leitmotiv für die Reisen. Von der beschaftlichen Reise von Stadt zu Stadt, der angenehmen genüßreichen Wanderung, der einfachen letzten Bergtour bis zur schweren Hochgebirgstour kann man wählen, je nach Neigung, Wunsch, Leistungsfähigkeit. Die Zubereitung der „Naturfreunde“ über fast allen Ländern Europas schaffen der Reiseleitung die günstigsten Verbindungen und ermöglichen es, die Naturfreunde-Ferienreisen in jeder Beziehung vorteilhaft durchzuführen. Die von der Reichsleitung der „Naturfreunde“ herausgegebene Broschüre „Ferienreisen mit den Naturfreunden 1930“ ist reich illustriert, geschmackvoll aufgemacht und enthält auf 32 Seiten alle Einzelheiten. Die Broschüre ist von den Ortsgruppen und Auskunftsstellen

der „Naturfreunde“ und von der Reichsleitung in Nürnberg, Gindlersbühlstraße 5, gegen Einfindung von 50 Pf. zu beziehen.

Der „Vater des 1. Mai“ gestorben. Im Alter von 79 Jahren verstarb in Bordeaux der Veteran der Arbeit Raymond Lavigne. Er hatte den Beinamen „Vater des 1. Mai“, weil er auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris im Jahre 1889 den Antrag auf Einführung eines allgemeinen Arbeiterfeiertages als Kundgebung für politische und wirtschaftliche Forderungen der Arbeiterklasse, der am 1. Mai in der ganzen Welt gefeiert werden sollte, gestellt hat.

Lebenshaltungs- und Existenzminimum. Bei Wohnverhandlungen und bei Betrachtungen des Lohnproblems überhaupt spielen die amtlichen Existenzkennziffern als Lebenshaltungskosten eine große Rolle. In der Regel werden sie als das Existenzminimum einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie hingestellt. Mit dieser irrigen Annahme räumt das Statistische Landesamt Hamburg im Heft 12 der Zeitschrift „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ auf, indem es darüber folgendes sagt: „Da die amtlichen Leuzungs- und die aus ihnen in Verbindung mit einer entsprechenden Vorleistungssteuerzahl errechneten Lebenshaltungskennziffern von der Arbeitnehmerseite als unzureichend angesehen werden, muß an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß die Leuzungs- und die Existenzkennziffern, sondern nur einen Anhaltspunkt für die Preisveränderungen notwendigster Lebensbedürfnisse darstellen wollen.“ Diese Feststellung einer maßgebenden Behörde verdient auch in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Die amtliche Kennziffer für Lebenshaltungskosten berücksichtigt lediglich die unbedingt notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zur Fröhen einer so kümmerlichen Lebensweise, wie sie von den Gewerkschaften mit vollem Recht als Hungerlohn abgelehnt wird. Ferner fehlen darin wichtige Ausgabenposten wie Steuern, Sozialbeiträge usw. Keinesfalls dürfen die Lebenshaltungskennziffern als Existenzminimum bewertet werden.

Österreichische Lehrlingsfürsorgeaktion. Die Lehrlingsfürsorgeaktion in Österreich, die alljährlich tausende junge Menschen in ihren Erholungsheimen unterbringt, ist allgemein als segensreiche Einrichtung anerkannt. Die Mittel für den Betrieb dieser Heime werden hauptsächlich von den Krankenkassen und von der Gemeinde Wien aufgebracht. In der Jahresversammlung des Kuratoriums dieser Aktion, das aus Vertretern von Behörden und Krankenkassen besteht, berichtete der Leiter, der frühere Schriftleiter August Marianek, daß im Jahre 1929 zusammen 11 880 Pflinglinge mit 2 378 707 Verpflegungstagen in den Erholungsheimen untergebracht waren. In den Pflinglingen wurden bei der Aufnahme folgende Krankheitserscheinungen festgestellt: Blutarmerie 1486, Lungenentzündung 2302, Herzfehler 229, Neurose 769, Bronchitis 542, Unterernährung 2208, Drüsenverwölung 609, Refluxverwölung nach Operationen und Krankheiten 144, Rachentzündung 236, tuberkulös gefährdet 38, Augenkrankheiten 41 und 576 diverse Fälle. Manche 15jährige Pflinglinge haben bei ihrer Aufnahme nur 25 Kilogramm gemessen. Fast alle Pflinglinge hatten Gewichtszunahmen zu verzeichnen, die in einzelnen Fällen 10 Kilogramm erreichten. Der Lehrlingsfürsorgeaktion sind auch die fünf Bezirksheime in Wien unterstellt, die vor wenigen Jahren von der Gemeinde gegründet wurden. In diesen Heimen waren am 1. Januar 530 Lehrlinge untergebracht, von denen 231 keine Eltern, 55 keine Mutter, 43 keine Vater hatten. Bei anderen Lehrlingen machten besonders unglückliche Verhältnisse, bei einzelnen sogar Obdachlosigkeit die Aufnahme in diese Heime notwendig. Die Mittel für diese Heime werden von der Gemeinde Wien und vom Wiener Fortbildungsdirektor aufgebracht. Die österreichische Lehrlingsfürsorgeaktion ist für viele andere Länder vorbildlich geworden. Auch bei uns in Deutschland werden nach ihrem Vorbild Erholungsheime eingerichtet.

Von der Kapitalflucht der Besizenden. Die deutsche Industrie unterläßt im Auslande zahlreiche Guthaben. Sie ist zum Teil dazu aus geschäftlichen Gründen gezwungen. Doch dienen diese Guthaben, die man verächtlich Reserven nennt, den Zwecken der Kapitalflucht. Vor einigen Monaten hat ein Bankfachmann diese „Reserven“ auf einige Milliarden geschätzt. Gerade im letzten Jahr dürften sich diese „Reserven“ stark erhöht haben. Man erzählt das z. B. aus den Briefbüchern der schweizerischen Großbanken. Die acht wichtigsten Banken in der Schweiz weisen für das vergangene Geschäftsjahr an fremden Geldern nicht weniger als 6,32 Milliarden Schweizer Franken aus. Nach Schätzung des Züricher Bankhauses Gungler & Co. entfallen von den 6,32 Milliarden zum mindesten 2 Milliarden auf das Ausland, besonders auf Deutschland. Das läßt die Klagen unserer Industriellen über mangelnde Kapitalbildung in einem wesentlich anderen Licht erscheinen. Weiter wird dadurch aber auch die Wichtigkeit der Frage unterstrichen, der Kapitalflucht aus Deutschland zu steuern. Kein gewöhnlicher Steuerlicher wird es verstehen können, daß angesichts so offenkundiger Beweise für die Kapitalflucht, wie sie in der deutschen Presse immer wieder auftauchen, die Reichsregierung tatenlos beiseite steht, anstatt die ihr bekannten Kapitalflüchter gehörig beim Schopf zu nehmen.

Versehene Eingänge

„Graphische Jahrbücher.“ Monatschrift für das gesamte graphische Gewerbe. (Früher „Zugangs- und Jahrbücher.“) Heft 2, Februar 1930, 61. Jahrgang. Preis 1,00 M. Verlag Julius Müller.

Gestorben

- In Bonn am 8. März der Bruder Franz Rodt von dort, 55 Jahre alt — Verzählung.
In Bremen am 7. März der Seber Johann Löwenka mit 62 Jahren alt — Waacntreß.
In Breslau am 11. März der Seber Robert Nilscher, 63 Jahre alt; am gleichen Tage der Seberinwalde Swald Schultze, 61 Jahre alt.
In Bad Döberan am 10. März der Seber August Panzer, 71 Jahre alt.
In Berlin am 9. März der Seber Max Kadon aus Tübingen, 60 Jahre alt.
In Göttingen am 8. März der Inwalde Johannes Schmidt aus Barmen, 64 Jahre alt.
In Großröhrsdorf am 1. März der Seber Edwin Kühn von dort, 60 Jahre alt.
In Hamburg am 12. März der Seber Gerhard Cde aus Wörlitz, 43 Jahre alt.
In Krefeld am 7. März der Seber Karl Joseph Schmidt von dort, 64 Jahre alt.
In Leipzig am 6. März der Buchdruckermeister Wilhelm Bachmann aus Wittenberg, 70 Jahre alt — Geraltan; am 6. März der Seberinwalde Max Watzel aus Wittenberg, 44 Jahre alt; am 7. März der Bruderinwalde Dito Watzel, 44 Jahre alt.
In Magdeburg am 9. März der Seber Hermann Meinerz aus Babelsberg, 39 Jahre alt.
In Magdeburg am 23. Februar der Seber Fritz Rieß von dort, 27 Jahre alt.
In Mainz am 3. März der Seber Adam Reuter, 69 Jahre alt; am 8. März der Bruder Matthias Seule, 70 Jahre alt.
In Memmingen am 2. März der Maschinenfabrikant Dito Schmitt aus Schönebeck, 61 Jahre alt.
In Neudorf am 8. März der Seber Alfred Hoffmann, 48 Jahre alt.
In Schwelm am 28. März der Metzger Martin Rüssel, 67 Jahre alt.
In Suhl am 2. März der Notationsbruder Franz Reuter von dort, 54 Jahre alt — Gallenblasenentzündung.

Briefkasten

E. G. in E. Da die Dinge damals in fast allen Zeitungsbetrieben ähnlich verlaufen, nicht selten noch viel gescheiter, können wir auf Einzelheiten nicht eingehen. — B. G. in E. Derartige Verhandlungen sind leider nicht selten, weil sich der zweite Satz in Ziffer 2 des § 105 auf den ersten Satz bezieht, der nur für die erste Arbeitslohnunterstützung gilt, nicht aber auch für eine zweite oder dritte auf der Grundlage der gleichen Unveränderlichkeit. Eine besondere Behandlung dieser Frage wird demnächst erfolgen; eine Entscheidung erscheint uns weder erforderlich noch zweckmäßig. — F. G. in E. Im Verhandlungsbereich ist ungenügend zu erfahren, empfiehlt sich Zurückhaltung der gewöhnlichen Verfassungsverfahren. — R. A. in Breslau: Wird gelegentlich mit gebracht werden. — J. A. in Br.: Nr. 340: 7,80 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1191, 3141 bis 3143. Bankkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte, N. O., Berlin S. W., Wallstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1028 87 (H. Schmelin). Den ausgeschiedenen Mitgliedern auf der Reise sind neue Adressenverzeichnisse der Reichslohnunterstützung auszuhandigen.

Von Funktionärseite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß viele ausgeschiedene Mitglieder mit alten Mitgliedschaftsmarken reisen, und daß sich dadurch Unzulänglichkeiten ergeben haben, weil die Marken der Reichslohnunterstützung und deren Ausgabestellen mannigfache Änderungen erfahren haben. Wir erlauben deshalb die Reichslohnunterstützung dieser Kollegen neue Mitgliedschaftsmarken auszugeben. Um diesen Mißbrauch vorzubeugen, ist über die Fälligkeit der Mitgliedschaftsmarken die für die Funktionäre des Reichslohn und die Zustimmung über erstellte Reichslohnunterstützung bestimmt ist, kräftig zu durchstreichen und mit dem deutlich sichtbaren Vermerk „Ausgeschiedener“ zu versehen.

Die Hauptverwaltung

Gen. Hüringen. Vor Konditionsannahme bei der G. u. T. u. B. u. C. u. E. (Zug. Hüring) in B. u. T. u. B. u. C. u. E. bei Weimar ist unbedingt vorher Erkundigung beim Vorstand der Partei B. u. T. u. B. u. C. u. E. in Weimar, Wallstraße 30, einzuziehen. Die Firma vertritt Kräfte weit unter Tariflohn an engagieren.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beiliegende Adresse): Im Gen. Hüring-Büro der Seber Felix B. u. T. u. B. u. C. u. E. in Breslau 1929, angeschlossen in Weimar (Schmelin) 1928; war schon Mitglied. — Martin Ritter in Kiel, Schauenburgerstraße 34, part.

Reise- und Arbeitslohnunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Januar 1930. Auf der Reise: 167 Mitglieder. Ortsunterstützung erhielten 6141 Mitglieder. An Unterstützungsstellen wurden gemeldet:

Table with 4 columns: Beschäftigungsart, in der Reiseunterstützung (Mittgl., Tage), in der Ortsunterstützung (Mittgl., Tage), Unterstützungsstage insgesamt. Rows include Seber, Maschinenfabrikant, Drucker, etc.

Im Unterstützungsbezug verblieben am 25. Januar 1930: 4372 Mitglieder.

Unterstützung im Januar 1929: 89 288. Daher mehr Unterstützungsstage im Januar 1930: 37 702.

Unterstützung wurde gezahlt: in der Reiseunterstützung: 5763,41 M. in der Ortsunterstützung: 188 906,00 M. 194 669,41 M.

München. Das Druckschloß wird nur noch an diejenigen Bezugsberechtigten Mitgliedern gewährt, welche die vorgeschriebenen Reisekosten von der letzten Abreise nach München eingezahlt haben.

Veranstaltungskalender

- Bielefeld. Druckerversammlung Sonntag, den 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Konsum-Gd. Herforder Straße.
Dresden. Versammlung Freitag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Luisenpark“.
Dresden. Sekretariat und Galvanoplastiker-Versammlung Sonntag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr, bei „Schmidt“, Kleine Plauenische Gasse 2.
Rott. Drucker- und Galvanoplastiker-Versammlung Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, in der „Harmonie“, Poststraße 13.
München. Versammlung Sonntag, den 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Luisenpark“, Erlbacher Straße.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die sieben gespaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einschaltung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 70

Das Sommersemester der graphischen Abteilung an der Kunstgewerbeschule Bielefeld beginnt am 1. April 1930. Den umfangreichen Werkstätten für Satz und Druck ist eine zeitgemäß eingerichtete Abteilung für Photographie angegliedert. Der Unterricht ist werkgerecht und gründlich

Vier Tage sind es noch 2 bis zum Tag des Buches. Kollege, hast Du daran gedacht, ein neues Mitglied für die Böhrgilde Gutenberg zu werben? Die Zeit drängt: ein neues Mitglied! Junger Schriftsetzer 21 Jahre alt, mit O. H. Reis, sucht möglichst zum 1. April Stellung.

Graphische Rechen tafeln erleichtert sichere Satz-Rechenarbeit. In drei Tagen: Nischtraucher, Blasebälge, Schließplatten, Benzintannen. August Wanzer in Bad Döberan. Gerhart Cde aus Wörlitz.

Am Tage und bei Nacht belohnen Sie mich und mich mit dem Wetter, im Freien und im Zimmer, überall und alles können Sie mit unsrer erstklassigen Photo-Apparaten fotografieren. Alfred Hoffmann im Alter von 43 Jahren.

Kurz hinter dem Tod zwei liebe Mitarbeiter. Robert Nilscher im Alter von 63 Jahren. Johannes Münch am 6. März der ehemalige Seberkollege. Stefan Mathias. Alfred Hoffmann im Alter von 43 Jahren.